



Konrad
Adenauer
Stiftung

Europäische und Internationale
Zusammenarbeit

ATOMUNGLÜCK IN JAPAN



INTERNATIONALE STIMMUNGSBILDER

Herausgeber

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Redaktion

Christian Hübner
Referent für Umwelt, Klima und Energie,
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

www.kas.de

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

INHALT

- 4 | DIE ATOMKATASTROPHE IN JAPAN UND DEUTSCHE REAKTIONEN
Christian Hübner
- 5 | EUROPÄISCHE UNION
Joscha Ritz
- 6 | NIEDERLANDE UND BELGIEN
Olaf Wientzek
- 8 | FRANKREICH
Mathilde Durand | Katharina Wolf
- 9 | GROSSBRITANNIEN
Claudia Crawford
- 11 | SPANIEN
Lisa Wassermann
- 12 | TSCHECHISCHE REPUBLIK
Dr. Hubert Gehring | Alena Falathova
- 13 | SLOWAKEI
Dr. Hubert Gehring | Gabriela Tibenska
- 14 | POLEN
Stephan Raabe
- 15 | UKRAINE
Nico Lange | Anna Rozhniatovsk
- 16 | USA
Roman Sehling
- 18 | RUSSLAND
Dr. Lars-Peter Schmidt | Johan Bölts
- 20 | CHINA
Dr. Peter Hefele | Andreas Dittrich | Eileen Lemke
- 21 | INDIEN
Dr. Béatrice Gorawantschy | Benjamin Querner
- 22 | KOREA
Dr. Colin Dürkop
- 24 | VIETNAM
Amos R. Helms
- 25 | TÜRKEI
Jan Senkyr
- 26 | SÜDAFRIKA
Dr. Werner Böhler
- 27 | JORDANIEN
PD Dr. Martin Beck | Anna Sunik
- 28 | BRASILIEN
Kathrin Zeller
- 29 | ARGENTINIEN
Dr. Bernd Löhmann

DIE ATOMKATASTROPHE IN JAPAN UND DEUTSCHE REAKTIONEN

Christian Hübner, Koordinator für Umwelt, Klima und Energie

Japan ist von einer unvergleichlichen Katastrophe betroffen. Massive Erdbeben und ein Tsunami haben neben den umfangreichen Zerstörungen und vielen Toten dazu geführt, dass die Sicherheit des japanischen Atomkraftwerkes Fukushima nicht mehr gewährleistet ist. Erste radioaktive Strahlungsvergiftungen sind eingetreten. Die mittel- bis langfristigen Folgen sind ungewiss.

Weltweit ist dadurch, in einem sehr unterschiedlichen Maße, eine Debatte in Gang gesetzt worden, die sich mit der Beherrschbarkeit von Sicherheitsrisiken bei der Nutzung von Atomkraft zur Energiegewinnung auseinandersetzt. Letztlich ist der bisher für unwahrscheinlich gehaltene Fall des „Restrisikos“ nun eingetreten.

Die politischen Konsequenzen für Japan sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen, der weitere Verlauf der Atomkatastrophe wird dafür den Ausschlag geben. Dessen ungeachtet wurde dieses Ereignis bereits als Zäsur charakterisiert, die den Beginn für eine schnellere Veränderung der energiepolitischen Rahmenbedingungen bedeuten könnte. Ein Blick auf die Reaktionen weltweit sowie auf unsere unmittelbaren europäischen Nachbarn verrät aber, dass sich dort bisher kein fundamentaler Kurswechsel abzeichnet.

In *Deutschland* ist hingegen eine intensive Debatte über die Nutzung von Atomenergie entbrannt. Obwohl hierzulande der Ausstieg aus der Atomkraft bereits beschlossene Sache ist, entzündete sich die Diskussion vor allem an der Frage, wann dieser Ausstieg umgesetzt werden soll.

Die Ängste der Menschen in Deutschland beruhen darauf, dass auch hierzulande ein AKW außer Kontrolle geraten und zu einer Katastrophe führen könnte. Eine sachliche energiepolitische, geschweige denn eine klimapolitische Debatte kann vor diesem Hintergrund kaum noch stattfinden. In den Vordergrund rückt stattdessen eine hoch emotionalisierte sicherheitsorientierte Diskussion.

Die Bundesregierung hat daher in einem ersten Schritt zunächst ältere AKW heruntergefahren. Zudem werden zwei Kommissionen eingesetzt, die sich mit den technischen und den ethischen Fragen der AKW-Nutzung auseinandersetzen sollen. Der frühere Umweltminister und Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, sowie Gründungsdirektor (2009) und derzeitiger Exekutivdirektor des *Institute for Advanced Sustainability Studies* (IASS) in Potsdam, Professor Klaus Töpfer, und der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Matthias Kleiner, sollen dabei den Vorsitz der Ethikkommission übernehmen.

In der nun erfolgenden Debatte wird es vor allem um die Konsequenzen der Atomkatastrophe in Japan für Deutschland gehen. Hierbei muss erneut diskutiert werden, wie der Übergang in ein Zeitalter der Erneuerbaren Energien gestaltet werden kann und welche Rolle AKW auf den Weg dorthin einnehmen sollten.

Das Energiekonzept der Bundesregierung vom letzten Jahr hat im Grunde einen breiten Mix an Möglichkeiten für den Eintritt in ein Zeitalter der Erneuerbaren Energien gelegt. Leider hat sich die bisherige Debatte fast ausschließlich auf die Verlängerung der Nutzung von AKW bezogen, statt zügig auf die einzelnen Möglichkeiten und Widerstände zur verstärkten Nutzung von Erneuerbaren Energien einzugehen.

Letztlich wird es aber vermutlich darum gehen, wie wir es schaffen können, die Energiewende zu finanzieren, ohne dabei den Verbraucher mit zu starken Kostensteigerungen zu belasten. Dafür wird entscheidend sein, wie konsequent wir den Ausbau des technologischen Wettbewerbsvorteils bei der Erforschung und Entwicklung von Erneuerbaren Energien vorantreiben können und wie schnell es uns gelingt, die Erneuerbaren Energien in die Marktfähigkeit zu überführen. Des Weiteren darf auch nicht vergessen werden, dass konventionelle Energieträger wie Erdgas und Kohle einen wichtigen Zwischenschritt zur vollständigen Energiewende hin zur nachhaltigen Energieversorgung bilden. Hier kommt es deshalb darauf an, sie so effizient und klimaschonend wie möglich zu nutzen.

Als vielleicht wichtigstes Element zum Gelingen einer Energiewende in Deutschland ist aber die Europäische Union zu nennen. Ohne einen funktionsfähigen EU-

Energiebinnenmarkt wird eine auf Erneuerbare Energien basierende Energieversorgung für Deutschland kaum möglich sein.

EUROPÄISCHE UNION

Joscha Ritz | KAS-Europabüro, Brüssel

Die Europäische Union hat umgehend auf das Atomunglück in Japan reagiert. Bereits am Rande des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs am 11. März unterstrichen Van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rats, und Kommissionspräsident Barroso in einer gemeinsamen Erklärung ihre Solidarität mit Japan. Energiepolitisch bestand die Herausforderung darin, eine gemeinsame europäische Antwort zu finden, um – im Geiste der Solidarität – der Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen. Dies wurde zum einen dadurch erschwert, dass die Positionen der Mitgliedstaaten zur Atomenergie stark divergieren. Zum anderen liegen der nationale Energiemix sowie weite Teile der nuklearen Sicherheit in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Auf einem eilig durch Energiekommissar Günther Oettinger einberaumten Sondertreffen einigten sich die EU-Energieminister am 15. März auf EU-weit einheitliche Stresstests für die 143 Atomkraftwerke in der EU. Dabei sollen Risiken wie Erdbeben, Flugzeugabstürze, Terror- oder Cyberangriffe, Flutwellen und Stromausfälle berücksichtigt werden. Fest steht bereits, dass Faktoren wie Alter, Typ und Lage des Atomkraftwerks Rechnung getragen wird. Die Stresstests werden freiwillig erfolgen und von unabhängigen Experten durchgeführt werden. Die Kommission wurde damit beauftragt, diesbezügliche Details auszuarbeiten. Unterstützt wird sie dabei durch weitere Koordinierungstreffen von Vertretern der Mitgliedstaaten, der Atomsicherheitsbehörden und der Atomindustrie. Bis Ende Juni sollen einheitliche Kriterien und Standards feststehen, sodass die Tests in der zweiten Jahreshälfte durchgeführt werden können. Europaweite Stresstests waren im Vorfeld auch von den beiden stärksten Fraktionen im Europäischen Parlament, der Europäischen Volkspartei (EVP) und den Sozialdemokraten (S&D), gefordert worden. Entsprechend wurde die umgehende Reaktion der Kommission begrüßt. Oettinger kündigte ferner an, Nachbarländer wie die Schweiz, Russland oder die Türkei einzubezie-

hen und die Diskussion über verschärfte Sicherheitsstandards auch in die Internationalen Atomenergiebehörde sowie die G8 und G20 zu tragen. Es bleibt abzuwarten, ob es gelingt, hinreichend strikte europäische Standards zu entwickeln. Zudem ist nicht abschließend geklärt, wie mit Atomkraftwerken zu verfahren ist, welche den Stresstest ggf. nicht bestehen.

Darüber hinaus hat die Diskussion über weitere Konsequenzen für die EU-Energiepolitik begonnen. Die Kommission schlägt vor, die Anwendung und eine mögliche Vertiefung der neuen Kernenergiesicherheits-Richtlinie früher als ursprünglich vorgesehen, d.h. noch deutlich vor 2014, zu debattieren. Zudem geht es bereits um Folgen für die EU-Energiepolitik, die sich aus einer möglichen Abkehr von der Kernenergie in einigen Mitgliedstaaten ergeben könnten. Fraglich ist in diesem Zusammenhang vor allem, ob unter solchen Voraussetzungen noch die kurz- und mittelfristigen EU-Ziele zur Reduktion von CO₂-Emissionen erreicht werden können. Angestrebt wird, die CO₂-Emissionen – im Vergleich zu 1990 – bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu senken. Kernenergie als vergleichsweise CO₂-arme Form der Energiegewinnung stellt in einigen Mitgliedstaaten ein wichtiges Instrument zur Zielerreichung dar. Vor diesem Hintergrund fordert Peter Liese, EVP-Koordinator im Umweltausschuss, größere Anstrengungen bei der Förderung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Joseph Daul, gibt darüber hinaus zu bedenken, dass die Bedeutung der Kernenergie für die Energieunabhängigkeit Europas nicht ausgeblendet werden darf.

Die Kommission hat in Reaktion auf die Atomkrise ihre traditionelle Zurückhaltung in atompolitischen Fragen aufgegeben. So berief Oettinger nicht nur einen Sondergipfel der EU-Energieminister ein, der Energiekommissar sprach sich zudem für die Durchführung von

Studien aus: Deren Ziel wäre zu untersuchen, ob der Energiebedarf der EU kurz- und mittelfristig auch ohne Kernenergie gedeckt werden kann. Zudem äußerte Oettinger seine Erwartung, dass nicht alle Atomkraftwerke den hohen EU-Sicherheitsstandards genügen werden. Einige Mitgliedstaaten befürchten daher einen Eingriff in die Festlegung des nationalen Energiemix, für den gemäß Art. 194 Abs. 2 AEUV ausschließlich die Mitgliedstaaten zuständig sind. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich zeigen, ob es in Folge der Krise zu einer verstärkten Europäisierung der Atompolitik kommt.

Die Reaktion der EU auf das Atomunglück in Japan wird die EU-Energieminister erneut auf ihrem Sonder-treffen am 21. März beschäftigen. Zudem hat Van Rompuy das Thema auf die Agenda der Tagung der Staats- und Regierungschefs am 24. und 25. März gesetzt. Dann dürften auch weitere Dimensionen der EU-Reaktion auf die Krise in Japan auf dem Tisch liegen. So hat die Kommission – im Sinne des Vor-sorgeprinzips – die Mitgliedstaaten aufgefordert, Nahrungsmittelimporte aus Japan auf eine mögliche radioaktive Kontamination zu überprüfen. Ferner hat die Kommission bereits Maßnahmen zur Koordination humanitärer Hilfe der Mitgliedstaaten eingeleitet.

NIEDERLANDE UND BELGIEN

Olaf Wientzek | KAS-Europabüro, Brüssel

Nach der Katastrophe in Japan konzentriert sich sowohl in den Niederlanden als auch in Belgien die Diskussion auf die Zukunft der Nuklearenergie im eigenen Land. Auch die deutsche Position wird in beiden Ländern aufmerksam verfolgt und eher kritisch kommentiert.

NIEDERLANDE

In den Niederlanden dominierte der Unfall im japanischen AKW Fukushima in der vergangenen Woche die Titelseiten der Zeitungen. Unter anderem wurde die Debatte über die Kernenergie im eigenen Land neu entfacht. In besonderem Fokus stehen hier einerseits die Sicherheit des einzigen Kernkraftwerks des Landes in Borssele sowie andererseits die Diskussion um den Bau eines weiteren Kraftwerks. Auch die zeitweilige Schließung von Kernkraftwerken in Deutschland wird im Nachbarland kommentiert.

Der Bau neuer Kernkraftwerke war sowohl in den Parlamentswahlen 2010 als auch in den Provinzwahlen am 2. März 2011 ein Wahlkampfthema. Die von den Populisten der PVV geduldete gegenwärtige Minderheitsregierung von Rechtsliberalen (VVD) und Christdemokraten (CDA) sieht in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm die Errichtung eines zweiten Kernkraftwerks vor. Der Baubeginn ist für 2015 vorgesehen. Dieses Kernkraftwerk soll neben dem bereits bestehenden einzigen Kernkraftwerk Borssele gebaut werden, welches sich in der Provinz Zeeland nur wenige

Kilometer von der Meeresküste befindet. Auch nach den Ereignissen in Japan beeilten sich die Vertreter sowohl von VVD als auch CDA zu versichern, dass sich daran nichts Grundlegendes ändern werde. Mit Ausnahme von GroenLinks, die sich ausdrücklich gegen diesen Bau positioniert haben, halten sich die anderen Oppositionsparteien zu dieser Frage noch bedeckt. Selbst einige Atomkraftgegner unter den Parlamentariern warnten davor, nun auf dem Rücken der Opfer eine Atomkraftdebatte zu entfachen. Allgemein wird mehrfach darauf hingewiesen, dass die Unglücksfälle durch zwei gleichzeitig stattfindende Naturkatastrophen ermöglicht wurden, die in den Niederlanden so nicht möglich seien. Vor einem vorschnellen Ausstieg wird auch mit dem Verweis gewarnt, dass eine erhöhte energetische Abhängigkeit von autokratischen Staaten ebenfalls nicht wünschenswert sei. Gleichwohl wird nun eine rege Diskussion über die Sicherheitsstandards geführt: So bekräftigte der christdemokratische Wirtschaftsminister Maxime Verhagen mehrfach, dass aus den nun EU-weit angeordneten Stresstests entsprechende Lehren gezogen würden. Zudem wird betont, dass das neue Kernkraftwerk nur nach modernsten Standards und nur unter Einhaltung strenger Auflagen hinsichtlich Sicherheit und Entsorgung gebaut würde. Etwas mehr Beunruhigung herrscht in der Bevölkerung. So gehen in einer Umfrage rund zwei Drittel der Befragten davon aus, dass sich auch in den Niederlanden ein ähnlich schwerer Unfall ereignen könnte; lediglich die Wähler des CDA und teilweise

auch der VVD haben mehr Vertrauen in die Sicherheit der Anlagen. Gespalten ist die Bevölkerung hinsichtlich des Baus eines neuen Kernkraftwerks: So unterstützt fast die Hälfte das Vorhaben der Regierung, ein weiteres Kraftwerk zu errichten. Eine Mehrheit findet dieser Plan bei den Wählern der Rechtsliberalen (88 Prozent), bei den Christdemokraten (68 Prozent) und bei den Linksliberalen der D66 (53 Prozent). Hingegen befürworten nur rund ein Viertel der Wähler von Grünen, Sozialisten und Sozialdemokraten diese Pläne. Eine knappe Mehrheit der PVV-Wähler ist gegen die Regierungspläne und weicht damit von der Parteilinie ab. Bislang hatte die Katastrophe nur geringen Einfluss auf die Einstellung der Bevölkerung zur Atomkraft, mit Ausnahme der PVV-Wähler. Bislang hat sich in der Bevölkerung keine größere Protestbewegung gebildet: Lediglich am 15. März demonstrierten rund 300 Atomkraftgegner in Middelburg für den Betriebsstopp des Kernkraftwerks.

Die deutsche Haltung wird von Seiten der Regierungsvertreter tendenziell skeptisch beurteilt; insbesondere Politiker der VVD kritisierten die deutsche Haltung als vorschnell und zu emotional. Negative Konsequenzen für die eigene Versorgungssicherheit werden aber nicht befürchtet.

BELGIEN

Die Katastrophe hat in Belgien zu einer regen Debatte über die Sicherheitsstandards der sieben bestehenden Reaktoren im flämischen Doel und im wallonischen Tilhange, über die Laufzeitverlängerung sowie über den Bau neuer Kraftwerke geführt. Diese Debatte konzentriert sich auf die Frage der Versorgungssicherheit des Landes, das zu knapp 15 Prozent von französischen und deutschen Energielieferungen abhängig ist. Mit 51,6 Prozent Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung ist Belgien in besonderem Maße von Kernkraft abhängig.

In Folge der Entscheidung der EU-Energieminister beschloss auch die aktuelle belgische Regierung, dass umgehend Stresstests in den belgischen Kernkraftwerken unternommen werden sollen. Besonderer Fokus liegt dabei auf den drei ältesten Reaktoren der Kernkraftwerke in Doel und Tilhange. Eine Sicherheitskommission hatte bereits 2010 leichte Sicherheitsmängel bei diesen festgestellt. Debattiert wird nun über die eigentlich angedachte Laufzeitverlängerung für beide Kraftwerke. 2003 hatte die damalige linksliberale Regierungskoalition auf Druck der Grünen hin einen Ausstieg aus der Atomenergie zwischen 2015 und 2025 vorgesehen. Mangels Alternativen wurde diese Entscheidung von der noch amtierenden Regierung

aus Christdemokraten, Liberalen und wallonischen Sozialisten unter dem christdemokratischen Premierminister Yves Leterme allerdings rückgängig gemacht; mit dem Betreiber Electrabel wurde eine Verlängerung der Laufzeit auch für die drei ältesten Reaktoren, deren Abschaltung ursprünglich für 2015 vorgesehen war, bis 2025 vereinbart. Aufgrund der seit den Wahlen im Juni 2010 andauernden Regierungskrise hat das Parlament diese Entscheidung jedoch noch nicht absegnen können. Nun soll diese Laufzeitverlängerung bis zur Veröffentlichung der für das Jahresende vorgesehenen Ergebnisse des Stresstests vorerst ausgesetzt werden. Die Entscheidung über die Zukunft der bestehenden Anlagen wird somit wohl erst vom künftigen Parlament getroffen werden können. Gleichwohl kündigte der belgische Energieminister Paul Magnette die Schließung von Atomkraftwerken an, die den Stresstest nicht bestehen. Darüber hinaus forderten Politiker aller Parteien mehr Transparenz von der Nuklearenergie hinsichtlich der Sicherheit der Anlagen. Die Errichtung eines neuen Kernkraftwerks wird nun ebenfalls neu debattiert. So sprechen sich vor allem die flämischen Liberalen, die gemäßigten flämischen Nationalisten und auch einige flämische Christdemokraten für den von der Internationalen Energieagentur empfohlenen Bau aus. Von den politischen Kräften sind lediglich die Grünen beider Sprachgruppen sowie die flämischen Sozialisten klar für einen raschen Atomausstieg sowie gegen den Bau eines neuen Kraftwerks. Die übrigen Kräfte warnten vor einer nur unter dem Eindruck des Erdbebens dominierten Debatte. Noch ist nicht abschließend absehbar, wie sich die Diskussion in den kommenden Monaten entwickeln wird.

Ähnlich wie in den Niederlanden ist die Bevölkerung zum Thema Nuklearenergie gespalten: Zwar befürworten in einer Umfrage 61 Prozent einen Ausstieg, sobald entsprechende Alternativen gefunden würden. 58 Prozent der Befragten sind aber nicht bereit, dafür Preissteigerungen hinzunehmen. Rund 53 Prozent halten die Nuklearenergie für ein notwendiges Übel. Fast die Hälfte der Belgier ist von der Sicherheit der belgischen Nuklearanlagen überzeugt. Gleichwohl ist ein großer Teil der Bürger misstrauisch gegenüber der Nuklearindustrie: So glauben 45 Prozent nicht, dass die Betreiber wahrheitsgemäß über Risiken und Mängel unterrichten.

Mit Besorgnis wird die Haltung Deutschlands verfolgt. Insgesamt wird die zwischenzeitliche Stilllegung von sieben Kernkraftwerken über politische und sprachliche Grenzen hinweg von der Mehrzahl der Parteien stark kritisiert, nicht zuletzt aufgrund der Abhängigkeit Belgiens von deutschen Energielieferungen.

Besonders deutlich übte der sozialistische Energieminister Paul Magette Kritik an der deutschen Position: Damit werde die europäische Energiesicherheit gefährdet. Der christdemokratische Präsident Flanderns,

Kris Peeters, sowie Politiker anderer Parteienfamilien befürchten infolgedessen nun eine Steigerung der Elektrizitätspreise in Belgien.

FRANKREICH

Mathilde Durand, Katharina Wolf | KAS-Auslandsbüro, Paris

KEIN ATOMAUSSTIEG

Im Gegensatz zu Deutschland wies Sarkozy die Frage nach einem Atomausstieg konsequent zurück: Für den französischen Staatschef stellen die Ereignisse in Japan nicht die Energiestrategie Frankreichs, die im Wesentlichen auf der Atomenergie beruht, in Frage. Der französische Atompark sei sicher, weshalb man auch die Ausschreibungen aufgrund der höheren Preise in den Emiraten verloren habe, erklärte der Präsident am 14. März vor der Führung seiner Partei. Deshalb bestehe nicht die Option eines Atomausstiegs, er wolle die Energieunabhängigkeit Frankreichs ebenso wie die Politik der erneuerbaren Energien und die Reduzierung des Energiekonsums beibehalten. Umweltministerin Kosciusko-Morizet fügte ihrerseits hinzu: „Man kann nicht den Elektrizitätsbedarf eines ganzen Landes allein durch Erneuerbare Energien decken.“ Premierminister François Fillon schlägt eine Überprüfung der Sicherheit des mit 58 Kernkraftwerken zweitgrößten Atomparks der Welt vor. „Es ist genauso absurd die Atomenergie nach dem Unfall jetzt zu verdammen wie so zu tun, als betreffe er uns nicht“, so Fillon. Hierzu soll eine Expertenrunde im April die notwendigen Kriterien aufstellen.

EINE LANGJÄHRIGE KONSENSFRAGE, DIE JEDOCH IN FRAGE GESTELLT WIRD

Haushaltsminister François Baroin erinnerte daran, dass die Atomenergie eine von allen Regierungen seit vierzig Jahren geteilte Entscheidung darstelle.² Die *Parti Socialiste* (PS) teilte jedoch in einem Communiqué mit³, dass die Atomkraft an einige Bedingungen gebunden sei: Transparenz, Sicherheit, öffentliche Kontrolle und Überprüfung. Über den Energie-Mix solle nachgedacht werden, um den Anteil der Atomkraft zu reduzieren und den der Erneuerbaren Energien zu erhöhen. Die Debatte sei aber auch innerhalb der *Parti Socialiste* strittig, wie Aurélie Filippetti, Generalsekre-

tärin der PS zuständig für Energie, erklärte, indem sie die „veraltete Vision“ der Partei hinsichtlich der Atomkraft kritisierte und eine „Doktrinänderung“ befürwortete.⁴

DIE KERNENERGIE IN DER WAHLKAMPAGNE 2012

Die möglichen Kandidaten zur Präsidentenwahl 2012 vertreten verschiedene Meinungen bezüglich der Kernenergie.⁵ Dominique Strauss-Kahn (PS) befürwortet traditionell die Kernenergie, ebenso wie die *Parti Communiste Français* (PCF) und Marine Le Pen (*Front National*). Andere wie Martine Aubry (Generalsekretärin der *Parti Socialiste*), Nicolas Hulot (ökologische Positionen) und François Bayrou (Modem) wünschen eine Debatte, ebenso fordert Dominique de Villepin (ehemaliger UMP-Premierminister) eine umfassende öffentliche Debatte „Grenelle de l'énergie“ wünscht. Jean-Luc Mélançon (*Parti de gauche*) und Eva Joly (Ökologische Partei) kämpfen gegen die Kernenergie. Die Energiefrage wird den Kern der Diskussionen zwischen der *Parti Socialiste* und der Ökologischen Partei in der Wahlkampagne 2012 bilden.⁶ Einzig die Ökologische Partei forderte die Organisation eines Referendums über den Ausstieg aus der Atomenergie.⁷ Zwar erkannte die Regierung am 16. März das Ausmaß der Katastrophe größer als das in Tschernobyl an, die Idee eines Referendums wies Sarkozy jedoch konsequent zurück.

DIE ROLLE DER BEHÖRDEN

Industrie- und Energieminister Éric Besson erklärte, dass Frankreich eines der wenigen Länder sei, in dem die Erlaubnis zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke von Fall zu Fall erfolge und die unabhängige Behörde für Nuklearsicherheit (ASN, *Autorité de Sûreté Nucléaire*) die Möglichkeit besitze, den Betrieb der Anlagen ruhen zu lassen.

Le Figaro erinnerte jedoch daran, dass die Beziehungen zwischen den Betreibern und der Behörde teils gespannt sind. EDF, Areva und CEA (*Commissariat à l'Énergie Atomique*) beklagten eine zu große Einmischung der Behörde.⁸

DIE AUSWIRKUNGEN FÜR DIE BETREIBER

Derweil erwog die Zeitung *Le Monde* die wirtschaftlichen Auswirkungen für Frankreich. Diese werden als schwerwiegend eingeschätzt, da sich die Zahl der Abnehmerländer für die Europäischen Druckwasserreaktoren vermindere, weshalb Frankreich versucht, die Sicherheit seiner Reaktoren der dritten Generation anzupreisen.⁹

Anne Lauvergeon, die Präsidentin des französischen Atomkonzerns Areva, verteidigt das Angebot des Unternehmens: die von Areva gebauten Kernkraftwerke seien teurer, weil sie sicherer und moderner seien. Nach dem Unfall in Japan sei „die Billig-Kernenergie keine Frage mehr“¹⁰, so Lauvergeon.

- 1| *Fillon, François*, so zitiert in: *De Royer, Solenn*: „*Fillon annonce le contrôle de tous les réacteurs en France.*“, *Le Figaro* vom 16.03.2011, S. 5.
- 2| O.N.: „*Les heures qui viennent seront essentielles*, in: http://abonnes.lemonde.fr/japon/article/2011/03/16/japon-les-heures-qui-viennent-seront-essentielles_1494241_1492975.html, 16.03.2011.
- 3| *Parti Socialiste*: „*Nucléaire: conséquences de la catastrophe au Japon*“, *Communiqué du bureau national* vom 16.03.2011: <http://www.parti-socialiste.fr/communiqués/consequences-de-la-catastrophe-au-japon>
- 4| *Dupont, Stéphane*, „*Cacophonie au PS sur la ligne à adopter*“, in: *Les Echos* vom 17.03.2011: <http://www.lesechos.fr/economie-politique/politique/actu/0201228201209-cacophonie-au-ps-sur-la-ligne-a-adopter.htm>
- 5| U.a. „*Nucléaire: ce que disent les autres présidentiables*“, *Les Echos* vom 16.03.2011: <http://www.lesechos.fr/economie-politique/politique/actu/0201228383267-nucleaire-ce-que-disent-les-autres-presidentiables.htm>
- 6| *Landrin, Sophie* und *Zappi, Sylvia*: „*La question énergétique au cœur du débat entre Verts et PS*“, in: *Le Monde* vom 15.03.2011: http://abonnes.lemonde.fr/a-la-une/article/2011/03/15/la-question-energetique-au-coeur-du-debat-entre-verts-et-ps_1493342_3208.htm
- 7| *Geisler, Rodolphe* und *De Ravinel, Sophie*: „*Nicolas Sarkozy défend la filière française, la gauche se divise.*“, in: *Le Figaro* vom 15.03.2011, S. 5.
- 8| *De Monicault, Frédéric* und *Nodé-Langlois, Fabrice*: „*Le nucléaire français prêt à tirer les leçons.*“, in: *Le Figaro* vom 17.03.2011, S. 6.
- 9| *Lepartementier, Arnaud*: „*L'Elysée veut vanter la sécurité de l'EPR pour sauver la filière nucléaire française.*“, in: *Le Monde* vom 14.03.2011.
- 10| „*Doute sur le nucléaire, Areva défend son modèle*“, *La Tribune.fr* vom 15.03.2011: <http://www.latribune.fr/entreprises-finance/industrie/energie-environnement/20110314trib000607808/doute-sur-le-nucleaire-areva-defend-son-modele.html>

GROSSBRITANNIEN

Claudia Crawford | KAS-Auslandsbüro, London

Seit Freitag, dem Unglückstag in Japan, wird in den britischen Medien ausführlich über die Katastrophe im Norden Japans, ausgelöst durch das Erdbeben und dem darauffolgenden Tsunami, berichtet. Der britische Premierminister reagierte noch am ersten Tag, dem 11. März 2011, und übermittelte dem japanischen Volk alle Sympathie und versicherte alle Hilfe, die Japan von Großbritannien bräuchte.

Großbritannien beteiligte sich an den Rettungsbemühungen bei der Suche nach Überlebenden, wobei am 17. März die Helfer zurückkehrten. Ab dem 16. März empfahl das Außenministerium britischen Staatsangehörigen, die sich in Tokio oder im Norden Japans aufhalten, das Land zu verlassen.

Zunehmend mit dem Ausmaß der Katastrophe am Kernkraftwerk in Fukushima lag der Fokus der Berichterstattung auf den Vorgängen in den Reaktoren. Ausführlich wurden die vermuteten Reaktionen in der Anlage beschrieben, allgemein über die Wirkungsweise der Kernkraftwerke aufgeklärt und die Bemühungen in Japan, die zur Kühlung der Reaktoren vorgenommen werden, erläutert.

Eine Debatte über die friedliche Nutzung von Kernenergie ist in Großbritannien trotz der Entwicklungen im Kernkraftwerk Fukushima kaum wahrzunehmen. Weder fanden Demonstrationen statt, noch entwickelt sich eine lebhaftige Debatte über das Für und Wider von Atomenergie.

Ministerpräsident David Cameron betonte, dass für Großbritannien Erdbeben dieser Größenordnung unwahrscheinlich seien und die Kernkraftwerke sich auch von den japanischen unterscheiden, aber dass aus den Ereignissen dort für die eigenen Sicherheitsstandards gelernt werden muss. Ähnlich äußerte sich der Minister für Energie und Klimawandel, Chris Huhne (Liberaldemokrat). Er rief dazu auf, nicht zu früh zu urteilen und abzuwarten, welche Lehren aus der Reaktorkatastrophe gezogen werden müssen.¹ Im Energieausschuss des House of Commons, so im *Daily Telegraph* vom 16. März, sagte er in Bezug auf die Entscheidung in Deutschland, Kernreaktoren vom Netz zu nehmen: „Ich bedaure, dass einige Politiker auf dem Kontinent sehr schnell mit ihrem Urteil zu sein scheinen, bevor wir eine fundierte Beurteilung vornehmen konnten.“² Huhne wiederholte zudem Cameron mit seiner Bemerkung: „Wir nehmen diesen Unfall sehr ernst, auch wenn es keine Gründe gibt, für Großbritannien ähnlich starke Erdbeben zu erwarten.“³ Er forderte von Mike Wightman, dem *Head of the Health and Safety Executive's Nuclear Directorate*, einen umfassenden Bericht über die Sicherheitsstandards der britischen Kernkraftwerke an.⁴ Wightman betonte, dieser Bericht sollte die Fakten enthalten, die sichtbar werden, aber jetzt noch nicht in vollem Umfang bekannt sind. Eine erste Analyse wird für Mitte Mai erwartet, der umfassende Bericht in sechs Monaten.

Wightman wie auch Vertreter aus Politik und Nukleartechnik verweisen auf die hohen Sicherheitsstandards und unabhängigen Kontrollen der Kernkraftwerke. Wightman: „Die regulierenden Standards für Kernkraftwerke bieten Schutz gegen alle externen Gefahren, die für Großbritannien vorhersehbar sind.“⁵ Lord Hutten (Labour), u.a. Minister für Wirtschaft, Unternehmen und Regulationsreformen zwischen 2007 und 2008, schrieb bezüglich der Atomkraftwerke am 16. März für den *Daily Telegraph*: „Die Industrie hat einen hohen Sicherheitsstandard und es gibt keinen Grund zu glauben, dass dieser nicht auch in der Zukunft besteht – ein Fakt, der nicht bagatellisiert werden sollte von denen, die jetzt die Kernenergie verurteilen.“⁶

Er spricht sich klar für den Bau neuer Kraftwerke aus. Großbritannien hat 19 Kernkraftwerke, die 18 Prozent der Energieerzeugung des Landes ausmachen. Bis 2023 müssen mit einer Ausnahme alle Kraftwerke aus Altersgründen geschlossen werden.⁷ Aufgrund fehlender eigener Ressourcen hat das Thema unabhängige Energieversorgung einen hohen Stellenwert. Großbritannien will nicht von der Energielieferung zweifelhafter Regime wie Libyen abhängig sein. Aber auch das ehrgeizige Ziel, den CO₂-Ausstoß um

80 Prozent bis 2050 zu senken, ist der Regierung in Großbritannien wichtig. Vor diesem Hintergrund wird vor allem auf erneuerbare Energien und eben Kernenergie gesetzt. Darüber besteht große Einigkeit im Land, was die fehlende Ausstiegsdebatte aus der Kernenergie erklärt. Schon unter der Labourregierung wurde geplant, bis zu zehn neue Kernkraftwerke zu errichten. Die jetzige Regierung stellte eigene Überlegungen an, wie der Ausbau von erneuerbarer und Kernenergie beschleunigt werden könnte. Der Staatssekretär für Energie, Charles Hendry, sagte in einem Fernsehinterview am 17. März: „Das Thema Nordafrika bekräftigt die Notwendigkeit, uns in die low carbon Richtung zu bewegen.“⁹

Es gibt aber einige Stimmen, die auf die Notwendigkeit hinweisen, die bisherige Politik bezüglich der Kernenergie zu überdenken. So wurde im *Daily Telegraph* Martyn Williams von der Organisation *Friends of the Earth* zitiert: „Anstatt mit den Planungen für neue Kernkraftwerke in Großbritannien vorwärts zu drängen, sollten die Ergebnisse der Untersuchungen in Fukushima abgewartet werden, da neue Sicherheitsregulierungen den Bau neuer Kraftwerke unakzeptabel teuer machen könnten.“⁹ Im selben Artikel wird berichtet, dass in den britischen Kraftwerken 35 ernste Zwischenfälle in den letzten zehn Jahren zu melden waren, einschließlich Problemen bei Kühlsystemen. Die Briten hätten, so John Large, ein unabhängiger Berater der Atomindustrie, bezüglich der Sicherheit eine ähnliche Haltung wie in Japan eingenommen: „Die Regulierungen sprechen über akzeptable Risiken und tolerierbare Konsequenzen, was bedeutet, wir haben das Schiff nicht unsinkbar zu machen.“¹⁰

Minister Huhne, der in der Zeit vor seinem Ministeramt persönlich gegen den Bau neuer Kernkraftwerke plädiert hatte, machte in einem Interview am 20. März deutlich, dass über die Kernenergie neu nachgedacht werden wird. Die künftig notwendig werdenden Sicherheitsbestimmungen erforderten hohes Kapital. Allerdings sei auch der Ausstieg aus der Atomenergie mit hohen Kosten für CO₂-Speicher und erneuerbaren Energien verbunden.¹¹

Dieser Artikel wie auch die anderen Berichte über Japan in anderen Zeitungen befand sich am Montag, dem 21. März 2011, im mittleren Teil der Zeitung. Das Thema Libyen hatte bereits die Nuklearkatastrophe in Japan verdrängt.

- 1| [http://www.politics.co.uk/news/energy/may-deadline-for-uk-nuclear-review-\\$21387855.htm](http://www.politics.co.uk/news/energy/may-deadline-for-uk-nuclear-review-$21387855.htm)
- 2| *The Times*, „Britain faces nuclear plant safety review“ von Ben Webster und Anushka Asthana, 16. März 2011, S. 1
- 3| http://www.climateactionprogramme.org/news/nuclear_meltdown_worries_continue_in_japan
- 4| *Financial Times*, „Huhne report weighs nuclear crisis“ von David Blair, 16. März 2011, S. 7
- 5| <http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-12771689?print=true>
- 6| <http://www.telegraph.co.uk/earth/energy/8386817/Britain-should-not-be-afraid-of-nuclear-power.html>
- 7| <http://www.world-nuclear.org/info/inf84.html>
- 8| <http://www.bloomberg.com/news/2011-03-18/u-k-appetite-for-new-nuclear-remains-strong-hendry-says.html>
- 9| *The Daily Telegraph*, „Accident, waiting to happen here“ von Gordon Rayner und Martin Evans, 17. März 2011, S. 2
- 10| Ebd.
- 11| *The Daily Telegraph*, „Huhne hints a rethink on power plants“, 21. März 2011, S. 17

SPANIEN

Lisa Wassermann | KAS-Auslandsbüro, Madrid

Das Atomunglück in Japan bewegt die spanischen Medien derzeit vorrangig. So nehmen tägliche Berichte zum aktuellen Entwicklungsstand und den in Fukushima ergriffenen Maßnahmen den ersten Rang in der Berichterstattung der Zeitungen und Fernsehsender ein. Hierbei wird neben den Berichten aus Japan auch intensiv über die Diskussion des Themas in Deutschland informiert, insbesondere über die Reaktion der Regierung von Bundeskanzlerin Merkel in Form der vorübergehenden Schließung der ältesten deutschen Atomkraftwerke.

Am vergangenen Dienstag hatte sich der spanische Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero bei der Leiterin des Rates für Nukleare Sicherheit (*Consejo de Seguridad Nuclear*) über die Vorgänge des Unglücks in Fukushima sowie über die Risiken einer ähnlichen Katastrophe in Spanien aufklären lassen. Die führenden Parteien Spaniens (PSOE und PP) ließen anklingen, dass sie bereit seien, über die Sicherheit der sechs spanischen Kraftwerke zu diskutieren, nicht jedoch über deren Laufzeit und die grundsätzliche Zukunft dieser Art der Energiegewinnung. Erst im Februar dieses Jahres hatten PSOE und CiU (Katalonien) eine Laufzeitverlängerung beschlossen. Eine gemeinsame Petition einiger linker Minderheiten zur Neuverhandlung des entsprechenden „Gesetzes der Nachhaltigen Wirtschaft“ (*Ley de Economía Sostenible*) wurde am Mittwoch von den regierenden Sozialisten abgelehnt.

Am Mittwoch gab die Regierung bekannt, alle spanischen Kraftwerke auf ihre Sicherheitsrisiken überprüfen zu lassen. Dabei handle es sich laut Zapatero lediglich darum, „die Sicherheitsbedingungen mithilfe noch strengerer Anforderungen, als sie üblicherweise gelten, zu optimieren. Strikte Sicherheitsprotokolle

sollen den „europäischen Standards“ angeglichen werden. Nach Ansicht von Zapatero gebe es gute Gründe dafür, hinsichtlich der Sicherheit der spanischen Atommeiler „Ruhe zu bewahren“. Es gehe jetzt lediglich darum, sich noch stärker abzusichern. Das Alter eines Meilers sei ein relevanter Faktor, insbesondere im Falle des Kraftwerks in Garoña sei das für 2013 vorgesehene Aus aufgrund seines Alters von 42 Jahren angebracht. Priorität habe im Moment jedoch die Sorge um die ernste Lage der Meiler in Japan und vor allem um das Land selbst und seine Einwohner.

Greenpeace und die NRO *Ecologistas en Acción* rufen derzeit immer wieder zu Demonstrationen „für Japan“ bzw. „gegen Atomenergie“ auf. Allein für den gestrigen Donnerstag waren Demonstrationen in mehr als dreißig spanischen Städten angekündigt. Die Aktivist*innen fordern die Schließung der sechs spanischen Kraftwerke, insbesondere die der beiden ältesten in Garoña und Cofrentes.

Jedoch findet diese Form des Protests offenbar nicht die breite Unterstützung bei den Spaniern. So wurden bei der Kundgebung in Madrid gestern lediglich zwischen 200 (vgl. <http://es.noticias.yahoo.com/12/20110317/tts-manifestaciones-en-toda-espana-contr-c1b2fc3.html>) und 2000 (vgl. <http://www.noticiasdenavarra.com/2011/03/18/mundo/los-antinucleares-salen-a-la-calle-para-exigir-un-plan-de-cierre-de-centrales>) Demonstranten gezählt.

Die öffentliche Diskussion beschränkt sich weitgehend auf bestimmte Interessengruppen. Der Druck, der auf die Regierung ausgeübt wird, kommt nicht im Entferntesten dem der deutschen Zivilgesellschaft gleich.

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Dr. Hubert Gehring, Alena Falathova | KAS-Auslandsbüro, Prag

Die Tschechische Republik gehört traditionell zu den europäischen Ländern, die positiv gegenüber der Atomenergie eingestellt sind. Auch die Fukushima-Katastrophe scheint daran nichts zu ändern. Im Einklang sprechen führende Politiker des Landes, Medien sowie Experten über eine durch die Medien und einige Politiker z.B. in Deutschland künstlich erzeugte Gegen-Atom-Hysterie.

Premierminister Petr Nečas warnte vor Panik und Populismus. Die japanische Katastrophe habe durch ihren Charakter keine Aussagekraft für die Situation in der Tschechischen Republik. Laut Nečas seien die tschechischen Kernkraftwerke auf dem Fundament des böhmischen Massivs erbaut, einer der tektonisch stabilsten Regionen auf diesem Planeten und in Europa überhaupt. Tschechien drohe auch kein Tsunami. Auch Präsident Václav Klaus sieht die „Atom-Hysterie“ als übertrieben an. Er befürwortet eine Experten-debatte über die Sicherheit der Atomkraftwerke, statt auf Populismus beruhende politische Entscheidungen.

Die tschechischen Wissenschaftler und Experten unterstützen die Aussagen der Politik. Václav Pačes, der Vorsitzende der Akademie der Wissenschaften und Autor der staatlichen Energiekonzeption, erklärte spezielle Sicherheitskontrollen der Kernkraftwerke für unnötig. Die zwei tschechischen Kraftwerke Temelín (in Betrieb seit 2003) und Dukovany (in Betrieb seit 1988) seien sicher. Hervorgehoben wird in Tschechien der „professionelle“ Umgang mit der Krisensituation in Japan.

Auch wenn die Lage in Fukushima immer dramatischere Züge annimmt, stehen die Medien in einer Reihe hinter der Politik. Regierungsnahe Kommentatoren weisen darauf hin, dass die Kohle-, Öl- oder Wasserenergieschöpfung viel mehr Opfer verursacht habe als Störungen in Atomkraftwerken. Die oppositionsnahen Zeitungen kritisieren zwar den Tonfall der Regierung, bewerten aber gleichzeitig die Atomenergie auch als eine sichere Energiequelle.

Die größte Besorgnis für die Tschechen stellen eine eventuelle rasche Erhöhung der Energiepreise und mögliche negative Folgen für die heimische Wirtschaft dar. Das Abstellen der sieben deutschen Atomkraftwerke wird als eine der Hauptursachen für zukünftig steigende Energiepreise gesehen. Die Reaktion der Deutschen Bundesregierung und von Bundeskanzlerin Merkel hinsichtlich der Atomkraftthematik wird sehr kritisch bewertet. Eine der führenden Zeitungen, *Hospodářské noviny*, veröffentlichte auf der Titelseite einen Kommentar, der als Hauptmotivation für das Agieren Deutschlands weniger fehlende faktenbasierte Sicherheitsrisiken als vielmehr den Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sieht. In Tschechien ist man sich sicher, dass in Deutschland nach den Wahlen aufgrund der steigenden Energiepreise die abgeschalteten Atomkraftwerke wieder in Betrieb genommen werden. Als positive Folge prognostiziert man eine Gewinnsteigerung für das größte tschechische Energieunternehmen ČEZ aufgrund der höheren Energiepreise in Deutschland.

Demonstrationen für einen Atomausstieg fanden in Tschechien nicht statt. Eine gesellschaftliche Debatte über die beiden tschechischen Atomkraftwerke bleibt auch nach dem Unglück aus. Dieser Umstand scheint auch vor dem Hintergrund, dass es in Tschechien kein Endlager gibt, verwunderlich.

Fazit: Die Kernenergie wird auch zukünftig ein Hauptpfeiler der tschechischen Energieversorgung sein. Ziel ist es, einer der europäischen Hauptexporteure von Atomenergie zu werden. Gleichzeitig wird oft betont, dass die Atomenergie zur Senkung von CO₂-Emissionen beiträgt. Derzeit plant die tschechische Regierung eine Erweiterung des Atomkraftwerkes Temelín. Die Fukushima-Katastrophe hat an diesem Vorhaben bis jetzt nichts verändert.

SLOWAKEI

Dr. Hubert Gehring, Gabriela Tibenska | KAS-Verbindungsbüro, Bratislava

HUMANITÄRE HILFE FÜR JAPAN, ABER KEINE ÄNDERUNG DER ATOMENERGIE-POLITIK

Das slowakische Innenministerium hat als Reaktion auf die Katastrophe in Japan humanitäre Hilfe und ein Rettungsteam für insgesamt 250.000 Euro bereitgestellt, gewartet wird nun noch auf das Signal des Monitorings- und Informationszentrums der EU, das die Hilfsaktionen der EU-Staaten koordiniert.

Die Medien in der Slowakei informieren detailliert über die Situation in Japan, vor der Japanischen Botschaft in Bratislava brennen Kerzen als Symbol der Solidarität mit dem japanischen Volk, einige NRO haben Geldsammlungen für Japan angekündigt.

Das Thema Japan dominiert in Gesprächen der Menschen und eröffnet auch die Frage der Sicherheit der slowakischen Atomkraftwerke. Allerdings werden diese von der Bevölkerung meist für sicher gehalten, laut Aussagen von Bürgermeister der Gemeinden, die sich in der Nähe der AKW Mochovce und Jaslovske Bohunice befinden, seien die Bewohner ruhig und hätten keine Angst vor Explosionen oder Unfällen im Atomkraftwerk.

Die offizielle Haltung der slowakischen Regierung zur Nutzung der Atomenergie bleibt unverändert positiv, wobei dies auch einer der wenigen Punkte ist, in dem die Koalition mit der Opposition übereinstimmt. Hintergrund dafür ist wohl auch, dass die Slowakei in großem Maße von der Atomenergie abhängig ist. Mit einem 55-prozentigen Anteil der Atomenergie an der gesamten Energieversorgung ist die Slowakei unter den europäischen Ländern gleich an zweiter Stelle hinter Frankreich.

Wirtschaftsminister Juraj Miškov (Partei „Freiheit und Solidarität“, SaS) äußerte gegenüber den Medien, die AKW in der Slowakei seien vom Sicherheitsstandpunkt her gut gerüstet. Die Slowakei betreibt derzeit vier Druckwasserreaktoren des sowjetischen Typs WWER an den Standorten Jaslovske Bohunice und Mochovce. Aufgrund einer Klausel im EU-Beitrittsvertrag des Landes (2004) waren die beiden älteren der vier Reaktoren von Bohunice 2006 und 2008 abgeschaltet worden. Am Standort Mochovce entstehen derzeit unter Führung der italienischen Enel-Gruppe zwei zusätzliche Reaktoren zu den beiden bestehenden, mit der Fertigstellung wird 2012/13 gerechnet. Der Chef der Enel-Gruppe, Fulvio Conti, sieht auch nach dem Unglück in Japan keinen Grund zur Änderung des Bauprojekts und betont die ausgezeichnete Vorbereitung des Projektes.

Lediglich der Vorsitzende der Partei der Grünen, Peter Pilinsky, meinte, dass die Ereignisse in Japan eine Mahnung seien und die Regierung sich verstärkt mit der Thematik alternativer Energiequellen und der Sicherheit der Atomenergie befassen solle. Er wies auch darauf hin, dass bei dem neueren Reaktor des AKW Mochovce offenbar nicht mit dem Bau Containments geplant wurde. Kritik an den Äußerungen von Wirtschaftsminister Miškov übte auch Greenpeace Slowakei und wies darauf hin, dass die Sicherheit des Atomkraftwerks für den Fall eines Flugzeugabsturzes nicht genug belegt sei.

Laut Medien werden die slowakischen AKW von vier Sicherheitsinspektoren überwacht und die Öffentlichkeit müsse schon bei dem zweiten Alarmgrad (von sieben) unverzüglich informiert werden.

Die Presse informierte auch über die Abschaltung der sieben ältesten AKW in Deutschland, kommentiert wurde das Vorgehen aber nicht.

POLEN

Stephan Raabe | KAS-Auslandsbüro, Warschau

Gut zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution und dem Beginn des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses ist Polen noch weit entfernt, eine saturierte Gesellschaft zu sein. Das Land befindet sich weiter in einem Entwicklungs- und Aufholprozess, ist fortschrittsorientiert und blickt optimistisch in die Zukunft, ähnlich wie die Bundesrepublik gut zwanzig Jahre nach ihrer Gründung, als die sozial-liberale Koalition von SPD und FDP den Ausbau der Kernenergie forcierte. Die jetzt in Deutschland abgeschalteten Atomkraftwerke wurden alle in den siebziger Jahren gebaut und in Betrieb genommen. Mit zwei, drei Ausnahmen gehen alle in Deutschland laufenden Kernkraftwerke auf die sozialliberale Regierungszeit zurück.

Polen steht energiepolitisch vor der Herausforderung, die Kohleenergie als Hauptenergieträger auch aus klimapolitischen Gründen zu modernisieren und zu reduzieren, die Abhängigkeit bei Öl und Gas von Russland zu verringern, seine Energieversorgung deshalb zu diversifizieren und dabei die Kosten im Zaum zu halten. Vor diesem Hintergrund gehört der Einstieg in die Atomenergie als ein wichtiges Element zur Energiestrategie der von Donald Tusk seit Ende 2007 geführten liberal-konservativen Regierung. Das war bisher in Polen nicht umstritten, wo sich in den letzten Jahren im Energiebereich die kritische Diskussion vor allem auf die North Stream-Gaspipeline durch die Ostsee zwischen Russland und Deutschland konzentrierte. Selbst in der Woche nach der Kernkraftwerkskatastrophe in Japan fand die Ostsee-Gaspipeline noch fast täglich Erwähnung in der Presse, da die nationalkonservative Opposition sich hier festgebissen hat und Ministerpräsident Tusk vorwirft, durch mangelnde Kampfbereitschaft die polnischen Interessen für gute Beziehungen zu Russland und Deutschland geopfert zu haben.

Eine kritische Diskussion über den Einstieg Polens in die Kernenergie fand dagegen in der Vergangenheit so gut wie gar nicht statt und bleibt auch jetzt sehr verhalten, da es bisher keine maßgebliche politische oder gesellschaftliche Bewegung gibt, die sich eine Anti-AKW-Kampagne auf die Fahnen schreibt. Hierzu

trägt bei, dass Polen von lauter Staaten umgeben ist, die – wie Deutschland – bisher auch auf Atomenergie setzten oder aber den Einstieg in diese Form der Energieerzeugung verfolgen. Russland baut aktuell ein neues AKW nördlich von Polen in der Exklave Kaliningrad und will ab September östlich von Polen in Grodno in Belarus ein weiteres Werk errichten. Litauen plant nordöstlich von Polen ein AKW, das Strom auch nach Polen liefern soll, und alle anderen Nachbarn – die Ukraine, die Slowakei, Tschechien, Deutschland und die Ostseeanrainer Schweden und Finnland – nutzen in größerem Maße die Atomkraft.

Polen will nun ebenfalls diese Technologie für sich nutzen und sieht keinen Anlass, sich durch die Katastrophe in Japan davon abhalten zu lassen. Premier Tusk versicherte, dass der Zwischenfall in Japan nach dem Erdbeben keinen Einfluss auf die Pläne für den Bau eines Kernkraftwerks in Polen habe. Das in Polen geplante Werk werde nicht in einer Erdbebenzone stehen, stellte Tusk nüchtern fest. Bei der Ausschreibung für den Bau des Kraftwerks soll übrigens ein japanisches Unternehmen bisher gut im Rennen gelegen haben.

Die Entscheidung der deutschen Regierung, ältere Atommeiler vorläufig abzuschalten und die Atompolitik zu überprüfen, wurde in den Medien weitgehend als wahltaktisches Manöver interpretiert. Auf die Frage, ob steigende Energiepreise und der Ausstieg aus der Atomenergie nicht eine gefährliche Kombination seien, antwortete der Präsident der polnischen Nationalbank und frühere Premierminister Marek Belka in der *FAZ* vom 19. März 2011: In Deutschland handele es sich um einen „Verzicht aus freien Stücken. Wenn sie mehr leiden wollen als nötig, dann ist das ihre Sache. In Polen werden sie dafür nicht viele Verbündete finden.“

Äußerungen des deutschen EU-Energiekommissars Günther Oettinger, die auf einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie hinausliefen, wurden dementsprechend in den polnischen Medien als unüberlegt kommentiert. Die polnische Vizewirtschaftsministerin Trojanowska bestätigte in Brüssel, dass Polen an seinem Atomprogramm festhalte. Auch die in einigen

polnischen Internetforen und Zeitungen auftauchende Aufforderung des Brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck an Polen, die Pläne zum Bau eines eigenen Atomkraftwerks zu überdenken, wurde vom polnischen Wirtschaftsministerium zurückgewiesen. Die Regierung will ihr Atomprogramm trotz der

Katastrophe in Japan realisieren. Allerdings gehören die Energiesicherheit und die gemeinsame Energiepolitik zu den Schwerpunkten, die sich Polen für seine EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 vorgenommen hat.

UKRAINE

Nico Lange, Anna Rozhniatovsk | KAS-Auslandsbüro, Kiew

DER UNFALL IN JAPAN EREIGNET SICH GENAU 25 JAHRE NACH TSCHERNOBYL

Die Entwicklungen der Ereignisse um das Kernkraftwerk im japanischen Fukushima lösen in der Ukraine starke Resonanz aus. Die Bilder der zerstörten Blöcke des Atomkraftwerks gleichen denen der Katastrophe von Tschernobyl, die sich am 26. April vor genau 25 Jahren ereignete.

Obwohl das größte Atomunglück auf dem Territorium der heutigen Ukraine stattfand und die Folgen bis heute anhalten, stand die Nutzung der Kernenergie in der Ukraine nie in Frage. Fast 50 Prozent des in der Ukraine genutzten Stroms wird durch Kernkraftwerke erzeugt. Insgesamt sind 15 Reaktorblöcke am Netz und weitere Kraftwerke befinden sich im Bau und in der Planung.

REGIERUNG UND FACHLEUTE REAGIEREN IN DER UKRAINE GELASSEN

Die ukrainische Regierung reagierte bisher gelassen auf die Katastrophe in Fukushima. Premierminister Asarow betonte, dass für die Ukraine keinerlei Gefahr bestehe und dass die Kernenergie auch weiterhin langfristig in der ukrainischen Energiebilanz eine sehr wichtige Rolle spielen müsse. Nach Ansicht Asarows könnten nur „sehr reiche Staaten“ über einen Wechsel zu alternativen Energiequellen nachdenken, für die Ukraine sei dies nicht realistisch.

Die Ukraine kann vor dem Hintergrund der entwickelten Atom- und Rüstungsindustrie auf ein System von spezialisierten Fachleuten zurückgreifen, die nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen von Tschernobyl über viele Kenntnisse zum Umgang mit Störfällen verfügen. Die Experten äußern sich in der ukrainischen

Öffentlichkeit bisher nur wenig beunruhigt und halten Fukushima für einen Unfall, der nur einen kleinen Bruchteil der Ausmaße der Katastrophe von 1986 erreichen könne.

DIE UKRAINISCHEN BÜRGER SIND MISSTRAUISCH

Trotz dieser gelassenen Reaktionen der ukrainischen Regierung und Fachleute zeigen sich viele Bürger skeptisch. Im kollektiven Bewusstsein sind die Tage und Wochen nach der Explosion in Tschernobyl, als Verheimlichung, Vertuschung und Leugnung durch das autoritäre System verheerende Folgen nach sich zogen, noch immer sehr präsent. Das Vertrauen in offizielle Verlautbarungen ist offenbar trotz deren qualifizierter fachlicher Grundlagen nur sehr gering.

Laut einer aktuellen Umfrage des Horschenin-Instituts glaubt mehr als die Hälfte der Ukrainer daran, dass die Geschehnisse im Atomkraftwerk Fukushima ihre Gesundheit oder die Gesundheit ihrer Angehörigen negativ beeinflussen können. Fast drei Viertel der Befragten befürchten, dass sich auch in ukrainischen Atomkraftwerken ernsthafte Havarien ereignen könnten. Mehr als ein Drittel der Ukrainer sprachen sich in der Umfrage für die schnelle Erschließung alternativer Energiequellen aus.

Die Ukraine plant schon seit Langem zum 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl eine ganze Reihe hochrangiger internationaler Veranstaltungen. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Japan gewinnen diese energiepolitischen Diskussionen zur Nutzung der Atomkraft in Europa eine völlig neue Brisanz.

USA

Roman Sehling | KAS-Auslandsbüro, Washington, D.C.

ATOMIC ANXIETY – DIE SCHWIERIGE ZUKUNFT DER ATOMKRAFT IN DEN USA

Bevor der Libyen-Einsatz am Wochenende auch die Medien in den USA dominierte, musste sich die Obama-Administration im Verlauf der Woche der zunehmenden Sorge um die Sicherheit ihrer Atomkraftwerke annehmen. Fragen, inwiefern ein ähnliches Unglück in den USA geschehen könnte und ob die Bundesstaaten der Westküste von radioaktiver Strahlung bedroht wären, waren von größtem Interesse. Der Präsident ließ dabei klar verlauten, dass Atomenergie auch in Zukunft eine bedeutende Stellung bei der Energieversorgung der USA einnehmen würde. Anlagen würden zunächst nicht stillgelegt, aber wichtige Schlüsse aus der Situation gegebenenfalls gezogen werden. Doch Obama wird noch andere Probleme aus dem Weg räumen müssen bei seinem Vorhaben, nach 32 Jahren Pause neue Kraftwerke errichten zu wollen: Bereits vor dem Unglück fanden sich nicht genug Wall Street-Investoren, die ohne staatliche Kreditgarantien in Milliardenhöhe an solchen Investitionen interessiert waren. Beobachter erwarten daher, dass Erdgas in der nahen Zukunft eine wichtigere Rolle spielen wird.

KEINE GEFAHR IN DEN USA?

Präsident Obama hat Mitte der Woche die *Nuclear Regulatory Commission (NRC)* beauftragt, die amerikanischen Atomanlagen einer umfangreichen Sicherheitsprüfung zu unterziehen. Obamas Reaktion wurde von den Medien generell als effektiv und vertrauensbildend gewertet, so die *Associated Press*¹. In den USA gibt es insgesamt 104 Atomreaktoren, von denen 23 der 40 Jahre alten Siedewasser-Modellreihe angehören, die nun in Japan betroffen ist. Die CBS Evening News erinnerten dann auch, dass es nicht nur in Kalifornien jederzeit zu bedrohlichen seismischen Aktivitäten kommen könnte². Dort befinden sich zwei AKW³, die nicht nur von Erdbeben bedroht sein könnten, sondern auch direkt am Meer liegen. Der Wirbelsturm Andrew führte 1992 dazu, dass das AKW Turkey Point südlich von Miami für fünf Tage ohne Strom blieb. Die NRC, die für die ständige Überprüfung der Sicherheit der US-Anlagen zuständig ist, versicherte

ihrerseits, dass amerikanische Anlagen für eine ganze Reihe von extremen bzw. unwahrscheinlichen Ernstfällen gewappnet seien, schreibt *Bloomberg News*⁴. Bereits Anfang der Woche hatte Obama schon betont, dass keine Technologie ohne Fehler sei und jede auch ihre Nachteile haben würde, so die *Associated Press*⁵.

Kritiker aus der NGO-Welt meldeten sich allerdings schnell zu Wort: Die *Union of Concerned Scientists (UCS)* bemängelte in einem Bericht, dass die Behörde zu häufig Energiekonzerne Anlagen betreiben lasse, ohne dass diese Reparaturen zeitgemäß ausführten. Diese Missstände könnten allerdings schnell überhand nehmen, zitiert die *New York Times* UCS⁶. In der jüngsten Vergangenheit wäre es dabei zu vierzehn Beinahe-Zwischenfällen gekommen, bei denen die Behörde eingreifen musste, berichtet das *San Francisco Chronicle*⁷ sich auf den gleichen Bericht beziehend. Edwin Lyman von UCS schlussfolgerte dann auch, dass ein ähnliches Unglück auch in den USA passieren könnte, so *NBC Nightly News*⁸. Die NRC müsse daher ihre Sicherheitsanforderungen gerade für ältere Anlagen deutlich erhöhen. Schließlich waren bereits 1972 die Risiken der Siedewasserreaktoren von *General Electrics* bekannt, so die *New York Times*⁹. Beim Sender *NBC* widersprach Marvin Fertel vom *Nuclear Energy Institute* diesen Behauptungen und verwies darauf, dass die Energiekonzerne nach 9/11 bereits eine Reihe an Sicherheitsvorkehrungen getroffen hätten, um ihre AKWs z.B. gegen Stromausfall zu schützen¹⁰.

NUKLEARE KLIMAWANDEL AGENDA

Im Kongress mehren sich nun auch die Stimmen derer, die den geplanten Ausbau der Atomindustrie verhindern wollen, berichtet *ABC World News*¹¹. Der einflussreiche Demokratische Abgeordnete Edward Markey will z.B. den Neubau von Anlagen in Erdbebenzonen stoppen, so *AFP*¹². Senator Joe Lieberman hingegen befürwortet nur einen temporären Stopp bei der Vergabe von Baugenehmigungen, bis man die Erkenntnisse von Japan integrieren könnte, so *The Hill*¹³. Momentan würden zwölf Bauanträge vorliegen, zitiert die AFP den Vorstandsvorsitzenden der *NRC*¹⁴. Seit dem Three Mile Island-Reaktorzwischenfall am

28. März 1979 wurden keine neuen Anlagen in den USA fertiggestellt.

Bis 2020 sollte es nun aber zu einer nuklearen Renaissance und Fertigstellung von vier bis acht neuen Reaktoren kommen. Präsident Obama und Energieminister Steven Chu unterstützen diesen Ausbau der Atomenergie dabei weiterhin als Teil ihrer Strategie, um die Kohlenstoffdioxid-Emissionen zu verringern, so *Politico*¹⁵. Eine Reihe an Republikanischen Spitzenpolitikern äußerten ebenfalls ihre vorbehaltlose Unterstützung für weitere Anlagen, z.B. der Abgeordnete Fred Upton, der Vorsitzender des Ausschusses für Energie und Handel ist. Mitch McConnell, der republikanische Senate Minority Leader, machte ebenfalls klar, dass man wichtige innenpolitische Entscheidungen nicht sofort nach den dramatischen Geschehnissen in Japan treffen sollte, schreibt *The Hill*¹⁶. Der Vorstandsvorsitzende des NRC betonte zudem, die Verpflichtung gegenüber der ständigen Verbesserung und Modernisierung der Atomenergie wahrzunehmen, was auch den Bau neuer Anlagen beinhalten würde, so die *AFP*¹⁷.

HINDERNISSE EINER NUKLEAREN RENAISSANCE

Die *USA Today* berichtet derweilen, dass laut einer Umfrage 70 Prozent der Befragten angaben, sich mit Atomenergie nicht sicher zu fühlen: 39 Prozent fühlten sich dabei sehr viel mehr unsicher, 31 Prozent fühlten sich etwas unsicherer nach dem Reaktorunglück¹⁸. Jedoch sind nur 47 Prozent der Amerikaner gegen neue Anlagen, 44 Prozent bleiben dafür. Eine Woche vor dem Unglück waren allerdings noch 57 Prozent der Befragten für Atomkraft.

Sorge bereitet auch die Lagerung von verbrauchten Brennstäben, die in Japan mit die größte Gefahr stellen, so die *New York Times*¹⁹. Eugene Robinson warnte in der *Washington Post*²⁰, dass die USA 70.000 Tonnen an radioaktivem Material hätten, ohne eine langfristige Lagerstelle zu haben. Auch wenn nur ein Bruchteil dieses Materials zu einem vergleichbaren Problem werden könnte, so fehlt den USA ein langfristiges Endlager, nachdem Senate Majority Leader Harry Reid die Nutzung von Yucca Mountain in seinem Heimatstaat effektiv verhindert hatte. Momentan wird der radioaktive Müll u.a. auf dem Gelände der AKWs gelagert, welche die Regierung in Washington diesbezüglich bereits verklagt haben: eine Milliarde US-Dollar wurde schon gezahlt, bis zu 16,2 Milliarden US-Dollar an Verbindlichkeiten stehen noch aus, so *McClatchy Newspapers*²¹.

Das vielleicht größte Problem für die Pläne der Obama Administration und ihre Partner in beiden Parteien, eine nukleare Renaissance herbeizuführen, stellt aber die Wall Street dar. Laut der *Washington Post*²² fanden sich dort bisher nur wenige Interessenten für die kapitalintensive und augenscheinlich weiterhin riskante Atomenergie, die in der Vergangenheit zu einer Reihe von unvollendeten Anlagen, explodierenden Kosten und bankrotten Firmen geführt hat. Präsident Obama hatte zuletzt im Januar in seiner Ansprache zur Lage der Nation die Atomenergie ausdrücklich gelobt und als Teil seiner Klimawandelstrategie unterstützt. Im Haushaltsantrag für 2012 waren daher bis vor kurzem noch 36 Milliarden US-Dollar für Kreditgarantien veranschlagt worden, um die Atomindustrie zu unterstützen. Der Kommentator Bill Kristol merkte bei *Fox News Sunday* etwas zynisch an, dass die Obama-Administration gerade 36 Milliarden US-Dollar eingespart habe²³. In Texas haben CPS Energy und NRG Energy mittlerweile bekannt gegeben, dass Verhandlungen über die Abnahme der zukünftigen Stromerzeugung von zwei geplanten Reaktoren eingestellt wurden. Der Ausbau der bestehenden South Texas-Atomanlage²⁴ hätte 2012 beginnen sollen, so das *Houston Chronicle*²⁵. Beobachter erwarten nun, dass Erdgas in der nahen Zukunft eine wichtigere Rolle spielen wird, schreibt das *Wall Street Journal*²⁶.

- 1| http://www.google.com/hostednews/ap/article/ALeqM5ii_sErZFdFxClkdqD2tL4dnJaQQg?docId=9036de4597024ed386381db3b5d4f45b
- 2| http://www.livedash.com/transcript/cbs_evening_news_with_katie_couric/5/KPIX/Monday_March_14_2011/570229/
- 3| http://en.wikipedia.org/wiki/Diablo_Canyon_Power_Plant
- 4| <http://www.businessweek.com/news/2011-03-18/obama-says-u-s-not-at-risk-from-japanese-nuclear-emergency.html>
- 5| http://news.yahoo.com/s/ap/20110315/ap_on_re_us/us_obama_nuclear_1
- 6| http://www.nytimes.com/2011/03/18/science/earth/18scientists.html?_r=2
- 7| <http://www.sfgate.com/cgi-bin/article.cgi?f=/c/a/2011/03/17/BUA01IDTUO.DTL>
- 8| <http://www.slashcontrol.com/free-tv-shows/nbc-nightly-news-with-brian-williams/45868438-scientist-on-nuclear-power-safety-bar-is-set-too-low>
- 9| <http://www.nytimes.com/2011/03/16/world/asia/16contain.html>
- 10| http://www.msnbc.msn.com/id/42035928/ns/meet_the_press-transcripts
- 11| <http://abcnews.go.com/WNT/video/us-government-reevaluates-nuclear-infrastructure-power-plants-congress-senate-13152557?tab=9482930§ion=1206853&playlist=13152853&page=1>
- 12| http://news.yahoo.com/s/afp/20110314/pl_afp/japanquakenuclearus_20110314133048
- 13| <http://thehill.com/homenews/sunday-talk-shows/149173-lieberman-stop-new-nuclear-plants-in-us>
- 14| http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5jgiaE_5ppTcesB5xXUKD-vwOn_Ww?docId=CNG.39ef49be1634ed845f0c41c75995807b.c1

- 15| http://www.politico.com/politico44/perm/0311/carney_briefs_on_march_14_2011_e142383f-40e3-47d7-9156-f65fba1974c5.html
- 16| <http://thehill.com/homenews/sunday-talk-hows/149165-should-america-put-the-breaks-on-nuclear-power?page=5>
- 17| http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5jgiaE_5ppTcesB5xXUKD-vwOn_Ww?docId=CNG.39ef49be1634ed845f0c41c75995807b.c1
- 18| http://www.usatoday.com/news/washington/2011-03-17-rw_nukepoll14_ST_N.htm
- 19| <http://www.nytimes.com/2011/03/19/world/asia/19japan.html>
- 20| http://www.washingtonpost.com/opinions/inviting-a-nuclear-emergency/2011/03/17/ABDFjqm_story.html
- 21| <http://www.centredaily.com/2011/03/13/2579335/yucca-mountain-still-alive-under.html>
- 22| <http://www.concordmonitor.com/article/245772/nuclear-comeback-dealt-blow>
- 23| <http://www.foxnews.com/on-air/fox-news-sunday/transcript/joe-cirincione-sen-mitch-mccconnell-crisis-japan-sens-mark-warner-sen-saxby-chambliss-effo?page=4>
- 24| http://en.wikipedia.org/wiki/South_Texas_Nuclear_Generating_Station
- 25| http://mobile.chron.com/chron/db_39985/contentdetail.htm?jsessionid=BCC22D6BFC0DF7FDFC0E0766BB49E766?contentguid=sVwCToq7&detailindex=4&pn=0&ps=5
- 26| <http://online.wsj.com/article/BT-CO-20110321-709931.html>

RUSSLAND

Dr. Lars Peter Schmidt, Johan Bölts | KAS-Auslandsbüro, Moskau

REAKTIONEN AUS RUSSLAND ZU DER NUKLEAREN KATASTROPHE IN JAPAN

Als Antwort auf das Unglück in Japan hat die chinesische Führung den sofortigen Stopp von weiteren dutzenden Atomkraftwerken (AKW) verfügt. Auch in Deutschland ist eine hektische Debatte über die Rücknahme der Verlängerung einiger AKWs entstanden. In der russischen Führung und der russischen Presse hingegen treffen diese Maßnahmen auf Unverständnis, zumal Premierminister Wladimir Putin noch vor einigen Jahren dazu aufgerufen hatte, Russland nicht nur als Exporteur von Öl- und Gas, sondern auch von Atomtechnik auf dem Weltmarkt führend zu machen. Auch der russische Präsident Dmitrij Medwedew bezeichnete den Ausbau der atomaren Energie als Teil der wirtschaftlichen Modernisierung Russlands. In Russland selber sind derzeit zehn AKW (mit insgesamt 32 Reaktoren) in Betrieb. Daraus ergibt sich ein Anteil der nuklearen Energie im Energiemix von Russland von nahezu 16 Prozent. Bis 2030 sind 25 Prozent geplant, weitere 26 AKWs sollen in den nächsten zehn Jahren noch gebaut werden.

Auch im Ausland sah die russische Atombehörde Rosatom große Wachstumschancen. So hatte Premierminister Putin noch am 15. März 2011 in Weißrussland mit dem dortigen Regierungschef Lukaschenko den Bau eines AKW angekündigt. Einen Tag später verordnete er allerdings eine Analyse des russischen Atomsektors allgemein und speziell eine Überprüfung aller russischen AKW in den nächsten dreißig Tagen. Die russische Regierung wollte so einer Panikmache in der russischen Bevölkerung vorbeugen. Auch russische Atomexperten von Rosatom betonen, dass das

AKW in Fukushima in Japan veraltet gewesen sei und nicht über genügend Schutzmechanismen verfügte und einer durch ein Erdbeben der Stärke 9,0 einer fast apokalyptischen Katastrophe ausgesetzt war. Den russischen Atombehörden zufolge werden seit der Katastrophe in Tschernobyl die Sicherheitsvorkehrungen der AKW sehr genau geprüft.

Russland ist der viertgrößte Exporteur nuklearer Technik nach den USA, Frankreich und Japan. Das Ziel von Rosatom ist es, in einigen Jahren ein Viertel des nuklearen Weltmarktes zu erreichen. Abnehmer russischer Atomtechnologie sind vor allem Iran, China, Indien, Vietnam und die Türkei. Der Bau eines umstrittenen und von Umweltschützern stark kritisierten AKW in Belene in Bulgarien scheint nun fraglich.

Während die Türkei den Bau eines geplanten AKW mit russischer Technologie weiterhin plant, sieht die russische Regierung die plötzlich sich wendende Meinung gegen Nuklearstrom in einigen Absatzmärkten mit Sorgen. Der Stopp bzw. die Stilllegung von AKW im Ausland kann sich jedoch auch positiv auf Russlands Wirtschaft auswirken, da beispielsweise Deutschland, Japan oder China noch mehr von russischem Gas abhängig werden, um den Wegfall der atomaren Energie einerseits bzw. die gesteigerte Nachfrage nach Energie andererseits aufzufangen. Die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika trägt außerdem dazu bei, den Preis für Öl, an den auch Gas gebunden ist, nach oben zu schrauben. Sobald der Ölpreis auf 100 Dollar pro Barrel steigt, ist der russische Haushalt ausgeglichen, rechnete der russische Finanzminister Kudrin vor. Im Moment steht er sogar bei 115 Dollar.

Von offizieller Seite heißt es, dass keine radioaktive Gefahr für die russische Bevölkerung im nur 800 Kilometer von Japan entfernten Wladiwostok ausgeht. Dort hat die russische Bevölkerung der Regierung wenig Glauben geschenkt und alle in Geschäften und Apotheken verfügbaren Jodtabletten, Gasmasken und Strahlenmessgeräte aufgekauft. Flugtickets in den Westen Russlands sind ausverkauft oder werden zu Wucherpreisen gehandelt. Das Misstrauen gegenüber den Obrigkeiten stammt von vorherigen Ereignissen. Vor fast genau 25 Jahren misslang ein Probelauf im Atomkraftwerk (AKW) von Tschernobyl in der heutigen Ukraine nahe bei Kiew. Die sowjetische Führung unter Gorbatschow hatte den GAU tagelang vertuscht, die Bevölkerung im Unklaren über die nukleare Katastrophe gelassen. Von den geschätzten zwei Milliarden Euro, die eine neue Betonhülle um den explodierten Reaktor in Tschernobyl heute kosten würde, um weitere Strahlenbelastungen für die Umwelt zu vermeiden, steuert Russland 23 Millionen Euro bei. Auch heute sind Teile der russischen Bevölkerung skeptisch gegenüber der heimischen Regierung und zweifeln an deren Glaubwürdigkeit. Die Daten der Atomindustrie sind geheim und gelten als sicherheitsrelevant, sodass keine öffentliche Kontrolle herrscht. Eine Anti-AKW-Bewegung wie in Deutschland, die politisch-ideologisch besetzt ist, gibt es in Russland nicht. Auch die russischen Zeitungen setzen die Themen Japan (und Libyen) nach fünf Tagen nicht mehr auf die erste Seite. Nach einer soziologischen Umfrage des Instituts der Öffentlichen Meinung waren allerdings die Ereignisse in Japan für 32 Prozent der Befragten von größtem Interesse, gefolgt von Libyen (14 Prozent). Die Regionalwahlen von letzter Woche, die als großer Stimmungstest für die Parlamentswahlen im Dezember dieses Jahres galten, waren mit drei Prozent fast schon Nebensache. Viele Russen, vor allem die jüngere Generation, nutzen das Internet, um sich über politische Ereignisse zu informieren. Dennoch: Trotz der Katastrophe von Tschernobyl ist die Bevölkerung nicht kritisch gegenüber AKW eingestellt. Die Regierung steht daher mit ihrer Politik, Atomenergie weiter zu nutzen, nicht alleine, und sieht sich keinem Druck aus der Bevölkerung gegenüber, anders zu handeln.

Einzelstimmen warnen allerdings vor den niedrigen Sicherheitsvorkehrungen an russischen AKW. Sie plädieren für den Bau von erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne und Thermalenergie sowie einer besseren Einsparung durch Energie durch besser isolierte Gebäude und regulierbare Heizkörper. Das Thema Erneuerbare Energien wird in Russland allerdings wenig bis kaum beachtet und von der russischen Führung nicht wirklich ernst genommen, obwohl Russland viele Möglichkeiten dazu böte und als

drittgrößter Verursacher von Treibhausgasen auch Interesse daran haben sollte. Einzig die Erhöhung der Energieeffizienz, wie von Präsident Medwedew immer wieder betont, wird als wichtigster Faktor in der Reduzierung von Treibhausgasen und Einsparung von hohen Energiekosten erkannt. Für eine Industrienation, die auf bezahlbare Preise und eine stabile Versorgungslage angewiesen ist, setzt man in Russland weiter auf drei Energieträger: fossile Energie wie Öl und Gas, Wasserkraft und Atomkraft.

Präsident Medwedew war der erste ausländische Staatsmann, der dem japanischen Premier sein Mitgefühl ausgedrückt und zugleich angeboten hat, Japan zu helfen. Die Annahme der Hilfe Russlands, den erfahrenen russischen Katastrophenschutz nach Japan zur Unglücksstelle zu fliegen sowie zwei Öltanker nach Japan umzulenken, um die Stromzufuhr in dem Unglücksgebiet aufrechtzuerhalten, könnte zugleich ein Auftauen in den ansonsten angespannten japanisch-russischen Beziehungen sein. Grund für die Anspannungen ist der Streit um die Kurilen, eine Inselgruppe im Norden Japans, die die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg besetzte und die seitdem russisches Territorium sind. Japan fordert diese zurück. Offiziell wurde der Krieg zwischen den beiden Völkern auch nie mit einem Friedensvertrag beendet. Längerfristig gesehen wird Japan sich auch nach anderen Energiequellen umschauchen müssen. Ein logischer Schritt wäre, russisches Gas zu beziehen. Premierminister Putin forderte denn auch in einer Kabinettsitzung am 15. März 2011, dass die Gewinnung von Rohstoffen, vor allem im Fernen Osten Russlands, in Sachalin, nahe Japan, mit größter Anstrengung vorangetrieben werden müsse.

Mit dem 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl sowie dem Unglück in Japan kann es aber durchaus auch in Russland zu Diskussionen über die Atomkraft kommen. So sagte ein Sprecher des staatlichen Energiekonzerns Gasprom letzte Woche, dass die erhöhten Sicherheitsvorkehrungen an russischen AKW die Kosten für den Bau von neuen AKW so in die Höhe treiben könnten, dass sie nicht mehr rentabel seien. Gasprom könnte so von der neuen Situation profitieren und den Ausbau von Pipelines sowie Öl- und Gasfeldern in Sachalin nahe Japan forcieren, um den zukünftigen Energiebedarf Japans zu decken. Die Gasfelder im Fernen Osten waren bisher nicht entwickelt worden, da Kapital und Technologien nicht bereitgestellt wurden. Das könnte sich mit dem Angebot Putins an japanische Firmen, sich an den Gasfeldern im fernen Sibirien zu beteiligen, nun ändern.

CHINA

Dr. Peter Hefele, Andreas Dittrich, Eileen Lemke | KAS-Auslandsbüro, Shanghai

HINTERGRUND: ATOMENERGIE IN CHINA

In der Volksrepublik China sind bislang dreizehn Atomreaktoren mit einer Leistung von ca. 10,8 Gigawatt (GW) im Betrieb; 25 befinden sich im Bau und fünfzig in Planung. Nirgendwo auf der Welt werden gegenwärtig so viele Kernkraftwerke gebaut wie in China. Für die Regierung in Peking stellt der Ausbau der Kernenergie einen wichtigen Bestandteil ihrer Strategie zur Sicherung der nationalen Energieversorgung dar. Außerdem soll die Kernkraft einen entscheidenden Beitrag zum Umweltschutz und zur Reduktion des Ausstoßes von klimaschädlichen Treibhausgasen spielen.

Zum Abschluss der jährlich im März stattfindenden Sitzung des Nationalen Volkskongresses hatten die Delegierten erst am Montag, dem 14. März 2011, noch beschlossen, allein im Zeitraum des in den nächsten Tagen zu verabschiedenden 12. Fünf-Jahresprogramms (2011 bis 2015) mit dem Bau von etwa vierzig Kernreaktoren in verschiedenen Teilen des Landes zu beginnen.

Offizielle Reaktionen auf die Katastrophe in Japan
Das Atomunglück in Japan beherrscht im Moment die Titelseiten aller nationalen Medien. Diese berichten ausführlich über die Entwicklung. Doch noch Anfang dieser Woche, als sich bereits die Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima I abzeichnete, wurde von offizieller chinesischer Seite betont, dass man an den Plänen zum massiven Ausbau von Atomenergie in der Volksrepublik China festhalten wolle. Diese Haltung wurde mittlerweile geändert. Am Mittwoch, dem 16. März, erklärte die Regierung, die Genehmigungsverfahren für alle Atomkraftwerke stoppen zu wollen. Die bereits im Betrieb befindlichen AKW werden zwar nicht abgeschaltet, alle laufenden sowie sich im Bau befindlichen Atomreaktoren werden jedoch auf ihre Sicherheit hin überprüft.

Laut einer Regierungserklärung sollen nun „strengste Maßstäbe“ angewendet werden und bei Projekten, die diesen nicht entsprechen, soll ein sofortiger Baustopp verfügt werden. Die China Nuclear Corporation und die China Guangdong Nuclear Power Group, die zwei

größten Kraftwerksbetreiber der Volksrepublik, haben bereits mit der Untersuchung der AKW begonnen. Die bisher überprüften Atomkraftwerke seien allerdings als sicher befunden worden.

KONSEQUENZEN

Die Bevölkerung verhält sich bislang noch wenig nervös, auch wenn der Verkauf von Jodtabletten deutlich angestiegen ist und chinesische Staatsbürger aus Japan abreisen. Aufgrund der Ereignisse in Japan könnten nun auch in China die Atomkraftgegner, die es sowohl in der Regierung, insbesondere aber unter Wissenschaftlern und NRO gibt, an Zuspruch gewinnen. Auch dürfte der Einfluss der Nationalen Chinesischen Atomaufsichtsbehörde (*National Nuclear Safety Administration*) gegenüber lokalen Behörden zunehmen. Denn bislang unterstützte die Zentralregierung Lokalregierungen bei ihren Vorhaben zum Bau von AKW ohne Vorbehalt und Sicherheitsbedenken spielten kaum eine Rolle. Die Aufsichtsbehörden standen häufig unter starkem politischen Druck, den Bau so schnell wie möglich zu genehmigen. Das Kräfteverhältnis zwischen den Kraftwerksbetreibern und der Aufsichtsbehörde könnte sich nun zugunsten der Behörde verschieben.

Besonders kritisch wird der Plan gesehen, ein AKW in Nanchong in der Provinz Sichuan (Südwest-China) zu bauen. Dort war es zuletzt 2008 zu einem verheerenden Erdbeben mit einer Stärke von 7,9 auf der Richterskala gekommen, in dessen Verlauf über 70.000 Menschen starben.

Gleichwohl ist nicht mit einer radikalen Kehrtwende in der Nuklearpolitik der Volksrepublik China zu rechnen. Zu immens ist der Bedarf an zusätzlichen Energiekapazitäten, die weder aus fossilen noch Erneuerbaren Energiequellen allein gedeckt werden können.

INDIEN

Dr. Beatrice Gorawantschy, Benjamin Querner | KAS-Auslandsbüro, New Delhi

HINTERGRUNDINFORMATION: KERNENERGIE IN INDIEN

Indien betreibt sechs Kernkraftanlagen mit zwanzig Kernkraftwerken und einer Gesamtnettoleistung von 4780 Megawatt (MW). Sechs weitere Kernkraftwerke mit 4800 MW sind im Bau. Mit der Inbetriebnahme des zwanzigsten Nuklearreaktors Ende 2010 gehöre Indien nunmehr – so die Regierung – zum „Eliteclub der Nationen“ nach den USA, Frankreich, Japan, der russischen Föderation und Nordkorea. Ein weiteres Kernkraftwerk-Projekt – das *Jaitapur Nuclear Power Project* – soll in der Stadt Ratnagiri im Bundesstaat Maharashtra bis 2017 mit Hilfe des Areva-Konzerns errichtet werden. Das Jaitapur-Projekt sieht sechs Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 9900 MW vor und würde damit das weltweit größte Kernkraftwerk. In Indien ist die Kernenergie (2,9 Prozent) viertgrößte Elektrizitätsquelle nach der thermischen Energie (64,7 Prozent), der Wasserkraft (24,7 Prozent) und den Erneuerbaren Energien (7,7 Prozent) und soll bis 2030 jährlich um mehr als fünf Prozent zunehmen. Verantwortlich für den Bau und den Betrieb von Indiens kommerziellen Kernkraftwerken ist die *Nuclear Power Corporation of India (NPCIL)*, die vom *Department of Atomic Energy (DAE)* des Ministeriums für Wissenschaft und Technologie verwaltet wird.

MEDIALE WAHRNEHMUNG IN INDIEN: POLITIKER UND EXPERTEN UNTERSCHÄTZEN „RESTRISIKO“

In den indischen TV- und Printmedien wird umfassend über das Atomunglück in Japan berichtet. Der *Indian Express* berichtet beispielsweise täglich auf einer Sonderseite „Japan Tsunami“; zum einen schreibt er über das Ausmaß der Katastrophe und die Anstrengungen der Hilfsarbeiten, zum anderen interessiert die indischen Medien vor allem, wie Indien mit einer ähnlichen Situation umgehen würde, wenn ein hochentwickeltes Land wie Japan einer solchen Situation nahezu machtlos gegenübersteht. Der Duktus einschlägiger Nachrichtenmagazine ist einhellig: Weder Regierung noch Sicherheitsexperten sei zu vertrauen, wenn Behauptungen aufgestellt werden, dass alle

wahrscheinlichen Gefahren berücksichtigt seien. Da Indien beim Ausbau seiner Stromquellen vor allem auf neue Atomkraftwerk (AKW) setzt, laufe das Land einer ähnlichen Katastrophe entgegen, heißt es in den Beiträgen. Eher resignierend schrieb *The Times of India* am 18. März 2011 in Bezug auf das geplante Jaitapur-Projekt: „It will be left to the nuclear agencies to respond to popular fears as well as scientific data put out by activists before the state government takes the next step.“

REAKTIONEN DER REGIERUNG, OFFIZIELLER BEHÖRDEN UND NRO

Premierminister Manmohan Singh gab nach dem Unglück am Montag, 14. März 2011, im indischen Parlament bekannt, dass er dem DAE und der NPCIL die sofortige technische Überprüfung der Sicherheitssysteme aller AKW in Indien angeordnet hat. Am Freitag, 18. März 2011, wurde mit der Prüfung in der Madras Atomic Power Station hinsichtlich Erdbeben- oder Tsunami-Standfestigkeit begonnen. Die zuständigen Behörden haben Singh versichert, dass die indischen AKW sicher seien und eine nukleare Katastrophe ähnlich der in Japan „most unlikely“ wäre. Shivshankar Menon, Nationaler Sicherheitsberater, beruft sich in seiner Einschätzung auf Experten in diesem Bereich, die sich darin einig sind, dass die indischen AKW sich stark von den japanischen unterscheiden; die Ereignisse in Japan sollen jedoch weiter verfolgt und so genannte „lessons learned“ erarbeitet werden. Umweltminister Jairam Ramesh hat vor dem Hintergrund steigender Sorgen und Unruhen in Bezug auf das Jaitapur-Projekt bekannt gegeben, dass die NPCIL sowie das *Atomic Energy Regulatory Board (AERB)* die Sicherheitsbestimmungen sowie die Konstruktionen der Anlage in Ratnagiri gegenwärtig überprüfen und – falls erforderlich – Nachbesserungen anordnen. Die japanische Katastrophe sei ein Weckruf für Indien.

In einer Pressemitteilung von DAE und NPCIL vom 13. März 2011 wurde verlautbart, dass alle Kraftwerke in Indien sicher seien und diese regelmäßig durch das AERB überprüft werden. Auch hätten diese durch ein Erdbeben in Gujarat im Jahr 2001 und durch den

Tsunami von 2004 im Bundesstaat Tamil Nadu ihre Standfestigkeit bereits bewiesen. Jedoch würden die Geschehnisse in Japan sehr genau verfolgt, im indischen Kontext betrachtet und die Sicherheitsvorkehrungen gegebenenfalls verstärkt. Dazu haben sich auch S.K. Jain, Vorsitzender des Verwaltungsrates von NPCIL und Baldev Raj, Direktor des *Indira Gandhi Centre for Atomic Research* (IGCAR), in einer Pressekonferenz am 17. März 2011 öffentlich verpflichtet.

Die *National Alliance of Anti-Nuclear Movements* (NAAM) warnt vor einer Verharmlosung der Sicherheitsfrage in Indien. Mit Blick auf den im Jahr 2008 geschlossenen „Indo-US Nuclear Deal“ und der zu erwartenden Erweiterung der Atomkapazitäten müssten die Risiko- und Sicherheitsbestimmungen strengeren Regeln unterworfen werden. Weder den Massenmedien noch den Anti-Nuklear-NGO könne nach dem Atomunglück in Japan eine Übertreibung der Risiken gegenüber der Nuklearenergie vorgewor-

fen werden, sagte SD Udayakumar von NAAM. Es wird befürchtet, dass sich die mediale Aufmerksamkeit gegenüber den Risiken weiter abwendet, sobald die Katastrophe in Japan überstanden ist.

ÖFFENTLICHE REAKTION UND PROTESTE

Bereits vor dem Atomunglück in Japan gab es Proteste in verschiedenen Teilen Indiens (Maharashtra im Dezember 2009 und im Januar 2010) gegen das Jaitapur-Projekt in Maharashtra und die Atomkraftanlage in Haripur, die sich jüngst verstärken. Hauptgründe sind Angst vor den Auswirkungen von Erdbeben, radioaktiver Strahlung, radioaktivem Müll und negativen Auswirkungen auf die Umwelt. Auch die Verstaatlichung von Landstrichen, die für den Bau notwendig wurden, rief große Proteste vor dem Hintergrund unfreiwilliger Enteignungen hervor. Umweltaktivisten behaupten, Jaitapur sei ähnlich erdbebengefährdet wie Japan.

KOREA

Dr. Colin Dürkop | KAS-Auslandsbüro, Seoul

OFFIZIELLE UND INOFFIZIELLE PERZEPTIONEN DES JAPANISCHEN ATOMUNGLÜCKS IN KOREA

Exkurs: In Südkorea gibt es vier Nuklearkraftwerke mit 21 Reaktoren, die sich in ländlichen Gebieten im Süden des Landes befinden – alle an der Küste vergleichbar dem AKW Fukushima. Sie decken mit 127 Terawatt (TW) pro Stunde etwa ein Drittel des Strombedarfs ab. Südkorea ist weitgehend erdbebenfrei. Dennoch ist die Öffentlichkeit seit dem nuklearen Unfall in Japan in einem zunehmenden Maß sensibilisiert und beunruhigt. Die Zahl der aktiven Atomkraftwerkgegner hält sich aber in Grenzen, da die hohen Kosten eines Umstiegs auf andere Energieträger befürchtet werden.

Präsident Lee hat am 16. März eine umfassende Sicherheitsüberprüfung sämtlicher Nuklearreaktoren in Korea angeordnet. Er entsendete seinen Minister für Technologie und Wissenschaft mit einer Abordnung von Nuklearwissenschaftlern zu einer der Atomkraftwerke zu einer Sonderinspektion – dies sicherlich auch als symbolhaftes Zeichen, dass sich die Regierung aktiv um die Betriebssicherheit und Sicherung der Reaktoren kümmert.

Insbesondere soll jetzt die Anfälligkeit der Kernkraftwerke auf Tsunamis überprüft werden, wie das Koreanische Institut für Reaktorsicherheit mitteilte. Dies sei nach der Katastrophe von Fukushima angesagt.

Offensichtlich ist im Moment auch angesichts der japanischen Nuklearkrise noch an keine Abkehr von einer generellen Atompolitik gedacht. Zu sehr hängt der Energiebedarf Südkoreas von der Atomenergie ab. Der Bau von weiteren sieben Nuklearreaktoren bis zum Jahr 2016 ist bereits in der Planung. Angeblich sollen sie eine Erdbebenstärke von bis zu 7,5 der Richterskala aushalten und seien vergleichsweise sicherer als die japanischen Kernkraftwerke – aber ob sie auch anderen Risikofaktoren wie z.B. einer Tsunamiwelle vergleichbar der von Fukushima standhalten würden, bleibt zurzeit unbeantwortet.

Außerdem gehört die Ausfuhr nuklearer Technologie zu den Exportschwerpunkten von Südkorea. Japan und Südkorea hatten zur *nuclear power renaissance* wesentlich beigetragen. So wurde z.B. 2009 ein Abkommen im Wert von zwanzig Milliarden US-Dollar zur Lieferung von Atomkraftanlagen zwischen Südkorea und den Vereinigten Emiraten abgeschlossen.

An dieser Strategie will das Land weiter festhalten, da koreanische AKW als besonders sicher gelten.

Allerdings regt sich der Widerstand unter der südkoreanischen Bevölkerung der betroffenen Gebiete, die zunehmend von Umweltgruppen aufgegriffen wird. So hat beispielsweise der Leiter der *Energy Justice Actions* angekündigt, dass sein Verein seine Kampagne gegen die Nuklearenergienutzung in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft und Anwohnern intensivieren wird.

KIM Han Gi von der zweitgrößten Nicht-Regierungsorganisation (NRO) des Landes *Citizens Coalition for Economic Justice* (CCEJ) – die auch zu den Kooperationspartnern der KAS zählt – nimmt im Moment noch eine abwartende Haltung ein. Er verweist auf diejenigen NRO, die die Politik und Maßnahmen der Regierung überwachen und kritisieren. Insbesondere beschäftigt sich KFEM (*Korea Federation for Environmental Movements*) mit Umweltproblemen. Mit Blick auf die japanische Nuklearkrise kritisiert KFEM, dass auf den Webseiten der Regierungsorganisationen konkrete Hinweise auf die radioaktive Belastung und Notpläne fehlen. Außerdem soll es landesweit nur 21 Kliniken (meist in unmittelbarer Nähe der AKW) in Südkorea geben, die fähig sind, Patienten adäquat zu behandeln. Die medizinische Versorgung für den Notfall (z.B. mit Kaliumjodid) sei völlig unzureichend. Auch die mangelhafte Informationspolitik der Regierung wird kritisiert.

Die Betroffenheit und Emotionalität infolge der Katastrophe kommt auch bei der Bevölkerung in Südkorea in vielfältiger Weise zum Tragen: So hat etwa der Verband der überlebenden koreanischen Atombombenopfer von Hiroshima und Nagasaki in Solidarität mit den Opfern der japanischen Erdbeben- und Tsunami-katastrophe bereits eine Spendenaktion gestartet. Zahlreiche andere NRO sammeln ebenfalls Spenden ein und schicken Hilfsgüter und Unterstützungskräfte nach Japan. (u.a. *The Beautiful Foundation* und *Good Neighbours*).

Selbst die noch wenigen überlebenden „Trostrfrauen“ (Zwangsprostituierte während der japanischen Okkupation) legten während ihrer wöchentlichen Protestversammlungen vor der japanischen Botschaft eine Schweigeminute ein und beteten für die japanischen Opfer.

Der japanische Botschafter glaubt, dass sich das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach der Unterstützung und Anteilnahme der Regierung und Bevölkerung aus Korea nachhaltig intensivieren wird. Die südkoreanische Regierung hatte ihre bisher größte Katastrophenhilfsaktion gestartet und u.a. auch 52 Tonnen Boron zur Stabilisierung des japanischen Reaktors geliefert – außerdem zwanzig Tonnen Trinkwasser, Nahrungsmittel und Schutzkleidung. Eine 107-köpfige Rettungsmannschaft wurde entsandt, um die japanische Regierung bei der Vermisstensuche zu unterstützen.

Für die Regierungspartei *Grand National Party* (GNP), die einen Sonderausschuss gebildet hat, gibt es derzeit zur Nuklearenergie als zwingend notwendige, sichere, umweltfreundliche und effiziente Energiequelle für das Land keine realistische Alternative. Um die Beunruhigung in der Bevölkerung zu entschärfen, kündigt die Partei gründliche Sicherheitsüberprüfungen und Vorsorgemaßnahmen gegen Naturkatastrophen an. GNP mahnt die entsprechenden politischen Kreise an, die Verbreitung von haltlosen Gerüchten über die angeblich mangelhafte Reaktorsicherheit sowie Schuldzuweisungen an die Regierung bezüglich ihrer Energiepolitik aufzugeben.

Auch der Sprecher des „Blauen Hauses“ (des Präsidialbüros) hat mehrmals die Sicherheit der koreanischen Nuklearreaktoren beteuert und bestätigt, dass an dem Ziel des Exports von Nuklearreaktoren weiterhin unverändert festgehalten wird.

Aus der größten Oppositionspartei (Demokratische Partei) kommen derweil widersprüchliche Signale. Ihr Vorsitzender Sohn Hak-gyu forderte, dass sich das Land gegen die Gefahr eines radioaktiven Lecks und mögliche wirtschaftliche Schäden wappnen sollte. Er befürwortete den unverzüglichen Einsatz koreanischer Rettungskräfte in Japan. Unterdessen sagte der Fraktionsvorsitzende Park Ji-won, dass Korea vor einem Erdbeben nicht sicher sei. Daher sollten Seoul und Pjöngjang Gipfeltreffen abhalten, um mögliche Schäden durch ein Beben am Baekdu-Berg gemeinsam zu untersuchen.

Andere Parteien betonten, dass der Bau weiterer Atomkraftwerke gestoppt werden solle. Sicherheitsmaßnahmen und Vorschriften in Korea seien wesentlich niedriger als in Japan, daher sei Korea mindestens genau so anfällig und verwundbar wie Japan.

VIETNAM

Amos R. Helms | KAS-Auslandsbüro, Hanoi

Die vietnamesische Regierung verfolgt die Situation in Japan mit großer Aufmerksamkeit. Auf der Homepage des vietnamesischen Außenministeriums (MOFA) werden parallel zu den Geschehnissen in Japan Pressemitteilungen veröffentlicht. Nach Angaben von Premierminister Nguyen Tan Dung sollen das Informations- und Kommunikationsministerium (MIC) sowie das Ministerium für Wissenschaft und Technik (MST) einen informativen sowie effizienten Informationsfluss bezüglich der Lage in Japan ermöglichen. Am 14. März 2011 sprach der stellvertretende Außenminister Ho Xuan So während eines Gespräches mit dem japanischen Botschafter in Vietnam, Yasuaki Tanizaki, sein Beileid und seine tiefe Anteilnahme für die zahlreichen Opfer aus und versicherte zudem die Solidarität des vietnamesischen Volkes mit der japanischen Bevölkerung in diesen schweren Zeiten. Die vietnamesische Regierung hat Japan eine finanzielle Soforthilfe von 200.000 US-Dollar zukommen lassen, vietnamesische Sanitätsoffiziere bieten Unterstützung bei etlichen Rettungsaktionen und nach Angaben des MOFA ist eine regierungsgesteuerte Spendenaktion für die Opfer des Erdbebens in Japan vom 16. März bis zum 15. April 2011 im Gange. Bislang wurden noch keine vietnamesischen Verluste bzw. Verunglückte gemeldet, im Laufe des 14. März entsand die vietnamesische Botschaft in Japan etliche Arbeitsgruppen zur Evakuierung von in Sendai oder Fukushima ansässigen vietnamesischen Staatsbürgern. Die Mehrzahl der in Japan lebenden vietnamesischen Expats wohnen in der Nähe von Tokyo (Kanto-Region) sowie in der Umgebung von Osaka (Kansai-Region).

In den Medien werden darüber hinaus die Folgen für Vietnam thematisiert. Hierbei finden sich zahlreiche Artikel, die die Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen beleuchten. Japan ist Vietnams größter Exportmarkt und es wird befürchtet, dass durch das Erdbeben und durch die unter Umständen bevorstehende atomare Katastrophe die Exporte nach Japan zurückgehen könnten (*VietnamNet*). Dies würde auch die Zielerreichung hinsichtlich des Wirtschaftswachstums, das die Regierung für 2011 angekündigt hat, gefährden. Hiervon wären vor allem Lebensmittelexporte (Schrimps, Fisch, etc.) und die Textilienindustrie betroffen. Auch wird erwartet, dass japanische Investitionen in Vietnam zurückgehen werden.

Gegenwärtig existieren keine Atomkraftwerke in Vietnam. Durch die Energieengpässe in Vietnam und das schnelle Wachstum des Landes kam es jedoch 2010 zur Unterzeichnung eines Vorhabens, mit japanischer Hilfe zwei Atomkraftwerke in Vietnam zu errichten, um langfristig die steigende Energienachfrage zu decken. Die Inbetriebnahme ist für 2020 geplant. Nach offiziellen Angaben möchte die vietnamesische Regierung an dem Vorhaben festhalten und sieht keinen Grund, das Projekt zu überdenken. Die Gefahr von Erdbeben sei sehr gering, außerdem werde man die neuste Technologie einsetzen und mit internationaler Hilfe die höchsten Sicherheitsstandards etablieren (*VietnameseEntertainmentNews*).

Die Debatte über Atomenergie, wie wir sie in Deutschland kennen, gibt es in Vietnam nicht. Zum einen ist die Atomenergie noch kein Bestandteil der vietnamesischen Energieförderung und zum anderen würde eine offene Aussprache gegen Regierungsvorhaben nur begrenzt geduldet werden.

TÜRKEI

Jan Senkyr | KAS-Auslandsbüro, Ankara

Die Nuklearkatastrophe in Japan ändert nichts an den Plänen der Regierung in Ankara zum Bau von Atomkraftwerken in der Türkei. Dies wurde von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan bestätigt. „Das Erdbeben in Japan ändert nichts an unseren Plänen zum Bau von Atomkraftwerken. Es gibt sicherlich Erfahrungen, aus denen wir lernen müssen, und wir werden dies in unserer Arbeit und in den Diskussionen berücksichtigen“, sagte Erdoğan Reportern vor seiner Reise nach Russland am 15. März 2011. Energieminister Tanner Yıldız betonte, dass die geplanten türkischen Atomreaktoren der modernsten vierten Generation angehören und höchsten Sicherheitsstandards entsprechen.

Pläne zum Einstieg in die Atomenergie gab es in der Türkei schon Ende der fünfziger Jahre. In den siebziger Jahren wurde eine erste Lizenz für den Bau eines AKW erteilt, allerdings scheiterten die Verhandlungen mit potenziellen Kraftwerkbauern an Finanzfragen. Nach der Katastrophe von Tschernobyl 1986 wurden die türkischen Atompläne erst einmal ad acta gelegt.

Ab Ende der neunziger Jahre und insbesondere seit Antritt der AKP-Regierung 2002 wird der Einstieg in die Atomenergie erneut vorangetrieben. Geplant ist gegenwärtig der Bau von zwei Atomkraftwerken, ein drittes soll später hinzukommen. Noch in diesem Jahr sollen die Bauarbeiten am AKW in Akkuyu bei Mersin am östlichen Mittelmeer beginnen. Den Zuschlag für

das Bauprojekt über zwanzig Milliarden US-Dollar hat das russische staatliche Unternehmen Rosatom bereits im vergangenen Jahr bekommen. Das AKW soll mit vier Reaktoren des Typs VVER 1200 mit einer Gesamtleistung von 4,8 Megawatt ausgestattet sein und zwischen 2016 und 2019 ans Netz gehen. Ein zweites AKW soll in Sinop an der Schwarzmeerküste gebaut werden, hier laufen die Verhandlungen noch. Im Gespräch ist der japanische Konzern TEPCO, der auch einige der Reaktoren im Katastrophengebiet Fukushima gebaut hat.

Der Bau von AKW in der Türkei ist nicht unumstritten. Die Türkei ist Erdbebengebiet, insbesondere der Standort des geplanten AKW in Akkuyu gilt als problematisch. Er ist gerade einmal 25 Kilometer von dem seismisch sehr aktiven Eremit-Graben entfernt und das warme Mittelmeerwasser soll zudem für die Kühlung der Reaktoren schlecht geeignet sein. Proteste von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen in den betroffenen Gebieten sind voraussehbar.

Der enorme Energiebedarf der rasant wachsenden türkischen Wirtschaft und die hohe Abhängigkeit von Energieimporten, vor allem von Öl und Gas aus Russland und dem Iran, machen den Einstieg in die Atomenergie aus Sicht der türkischen Regierung unverzichtbar. Daran wird auch die Katastrophe in Japan wohl nichts ändern.

SÜDAFRIKA

Dr. Werner Böhler | KAS-Auslandsbüro, Johannesburg

Die Reaktionen auf das Atomunglück in Japan als Folge der verheerenden Flutkatastrophe und des vorausgegangenen Erdbebens wird in Südafrika relativ gelassen aufgenommen. Die Bevölkerung ist erschüttert, zeigt allerdings keinerlei panikartige Reaktionen. Lediglich kleinere Gruppen demonstrieren vor den Gebäuden des staatlichen Monopol-Versorgers Escom gegen Nuklearenergie und in Solidarität mit der japanischen Bevölkerung. In den Medien wird ausführlich und z.T. über mehrere Seiten, jedoch weitgehend sachlich und eher emotionslos, berichtet. Die Bildeindrücke sowohl im Fernsehen als auch in den Printmedien vermitteln jedoch das Ausmaß der Katastrophe. Präsident Jacob Zuma hat Japan die Solidarität Südafrikas zugesichert. Die Regierung hat unmittelbar nach dem Erdbeben und dem Tsunami Rettungstrupps mit Spürhunden zusammengestellt. Bereits zu Beginn dieser Woche wurden die Rettungskräfte in das Katastrophengebiet in Japan geflogen, die bei der Suche nach Überlebenden helfen sollen. Hilfslieferungen mit Medikamenten und technischem Gerät wurden für den Transport nach Japan zusammengestellt. Private Spenden umfassen Trinkwasser, Decken, Zelte, Kleider und medizinische Artikel. Im Unternehmenssektor wurden große Geldspenden für Hilfsgüter zwischen eine Million ZAR (*Netcare*), 500.000 ZAR (MTN) und 250.000 ZAR (*Core Group*) bereitgestellt.

Auf die Energiepolitik des Landes dürfte das schwere Unglück in den Reaktoren des Fukushima-Kraftwerks kaum unmittelbare Auswirkungen haben. In Südafrika steht das einzige AKW in der Region, das vom Staatskonzern Escom betrieben wird. Das AKW in Koeberg, das am Rand von Kapstadt liegt, besteht aus zwei Druckwasserreaktoren mit jeweils 900 MW, die 1984 bzw. 1985 in Betrieb gegangen sind. Ein weiterer Kugelhaufenreaktor, an dessen Bau deutsche Unternehmen maßgeblich beteiligt sein sollten, war auf dem Gelände vorgesehen. Proteste aus der Bevölkerung gegen die Planungen gingen über einige kritische Stimmen und Fachbeiträge nicht hinaus. Diese Planungen wurden 2010 eingestellt, nachdem Escom die Finanzierung strich und sich keine privaten Investoren fanden. An Stelle des AKW wurde mit dem Bau von zwei zusätzlichen Kohlekraftwerken begonnen, womit der Anteil von Kohlestrom auf 90 Prozent ansteigt. Die

restlichen zehn Prozent stammen aus einem Energiemix, bestehend aus nuklearer Energie, Wasserkraft und Erneuerbaren Energien. Heftig umstritten war die Vergabe eines Weltbankkredits für die beiden KW, da die südafrikanische Kohle extrem umweltbelastend ist.

Der im November 2010 veröffentlichte *National Growth Path* (NGP) nennt mehrmals *Green Economy* als Wachstumsmotor für die Zukunft. Das schließt den Energiesektor ein. Allerdings bleibt der NGP unverbindlich in Bezug auf die Zeitachse und die konkreten Schritte zur Umsetzung der Ziele.

Mittel- und langfristig hat sich die Regierung mit dem *Integrated Resource Plan* festgelegt, der 2010 an die Öffentlichkeit kam, vom Parlament jedoch noch nicht verabschiedet ist. Nach diesem *20-Year Electricity Master Plan* sollen 23 Prozent Energie aus AKW stammen, 42 Prozent aus erneuerbaren Energien und 15 Prozent aus Kohlekraftwerken. Während Energieminister Dipuo Peters Flexibilität bei der Umsetzung des Plans in Abhängigkeit von der Zielüberprüfung hinsichtlich der Kosten und Realisierbarkeit sieht, stellte Department Director-General Nelisiwe Magubane fest, dass 9.600 MW der insgesamt produzierten Energie in den nächsten zwanzig Jahren aus Kernkraft gewonnen werden soll. Anfang dieser Woche gab die Regierung eine Stellungnahme dahingehend ab, dass von der geplanten Ausweitung der Nutzung nuklearer Energie nicht abgerückt werde. (*The Star* vom 18. März 2011: „State pushes ahead with nuclear plans-Japanese crisis no deterrent in meeting power needs“, S. 8)

In der Zivilgesellschaft und bei der informierten Bevölkerung ist ein gesteigertes Bewusstsein in Bezug auf Klimawandel und Energiepolitik zunehmend zu beobachten. Die Medien haben teilweise Sonderseiten (insbesondere die Wochenzeitung *Mail&Guardian*) zu diesen Themen. Wasserknappheit, Klimaveränderungen und deren Auswirkungen, Umweltbelastung und auch die Frage der Energiegewinnung sind Themen, die mittlerweile durchaus kritisch diskutiert werden. Allerdings kann sich an diesen Diskussionen ein großer Teil der Bevölkerung wegen mangelhafter Bildung als Folge des defizitären Bildungssystems

nicht beteiligen. Ein wenig dürfte dazu auch die Debatte um eine nachhaltige WM 2010 beigetragen haben, bei der das KAS-Büro in Südafrika eine führende Rolle spielte. COP 17 im November/Dezember 2011 in Durban dürfte ebenfalls bewusstseinbildend wirken.

Der Staatsmonopolist Escom versucht es derzeit mit einer Charmeoﬀensive. Eine Windfarm mit einer Kapazität von 100 MW soll an der Westküste entste-

hen. Ebenfalls 100 MW soll eine Solaranlage in der Provinz Northern Cape liefern. Waren diese Projekte zunächst wegen fehlender Finanzmittel auf Eis gelegt worden, soll jetzt ein Kredit der *African Development Bank* (AfDB) deren Realisierung sichern. „With funding assured, Escom goes green“, lautet eine Überschrift dazu im *Business Day* vom 17. März 2011, S. 14. Allerdings sind die Größenordnungen, gemessen am Gesamtbedarf, gering.

JORDANIEN

PD Dr. Martin Beck, Anna Sunik | KAS-Auslandsbüro, Amman

Auf der Basis einer Analyse der jordanischen Presseagentur *Petra*, der wichtigsten jordanischen Tageszeitungen wie *Jordan Times*, *Al-Ghad*, *Ad-Dustour*, *ar-Ra'î* und *al-Arab al-Yawm* inklusive Leserbriefen und Kommentaren zu Artikeln sowie einer Auswahl an Twitter- und Facebook-Komentaren, Youtube-Beiträgen und Blogs lässt sich generell ein lediglich mäßiges Interesse am japanischen Kernkraftwerksunglück und vor allem an etwaigen politischen Folgen ablesen. Während die Meldungen am Tag der Katastrophe und einige Tage darauf noch die Schlagzeilen der ersten Seite füllen konnten, hat die Berichterstattung inzwischen eher sporadischen Charakter angenommen. Angesichts der aktuellen historischen Umwälzungsprozesse im Nahen Osten ist die allgemeine Aufmerksamkeit ungeachtet der dramatischen Ereignisse in Japan weitgehend auf die arabische Welt bezogen. Auch die regelmäßig in Jordanien stattfindenden Proteste der Bevölkerung sind weiterhin auf die unmittelbare wirtschaftliche und politische Situation in Jordanien und dem Nahen Osten beschränkt und weitgehend unbeeinflusst von den Ereignissen in Japan. Die offiziellen Medien berichteten größtenteils über die Faktenlage (Anzahl der Toten, Verletzten und Vermissten) und gaben die Einschätzung von Wissenschaftlern wieder. Eine wichtige Schlagzeile, die in den meisten Medien zitiert wurde, bezog sich auf den Gefährdungsstand der jordanischen Bevölkerung, der als gering erachtet wurde.

Abgesehen von offiziellen Erklärungen des Königshauses kamen Solidaritätsbekundungen und Empathie vor allem in Leserkomentaren und Twitter-Einträgen zum Ausdruck, verbunden mit Dankbarkeit über die eigene Unversehrtheit, häufig in religiösen Formeln bekundet. Am 14. März kam es vor der japanischen Botschaft in Amman zu einer Solidaritätsdemonstration.

Eine Politisierung des Themas beschränkt sich auf einzelne Leserbriefe und Blog-Einträge. Ganz überwiegend blieben die offiziellen Pläne der jordanischen Regierung, bis 2035 60 Prozent des Energiebedarfs durch Atomenergie zu decken, unkommentiert – und das, obwohl erst im Januar 2011 ein Artikel des *World Tribune* darauf aufmerksam machte, dass das geplante Kernkraftwerk in einer erdbebengefährdeten Zone läge. Auf der offiziellen Webseite der *Jordan Atomic Energy Commission* findet sich keinerlei Kommentar, und auch die *Jordan Engineers Association*, die für September 2011 eine Internationale Energiekonferenz zum Thema Nuklearenergie anberaumt hat, hat bisher nicht reagiert.

BRASILIEN

Kathrin Zeller | KAS-Auslandsbüro, Rio de Janeiro

„Es besteht keine Gefahr von Unfällen.“ So ließ Odair Gonçalves, Chef der Nationalen Atomenergiekommission (CNEN) Brasiliens, vergangenen Dienstag vermelden. Die Anlagen würden lediglich neuen Tests unterzogen. Von den Plänen zum Neubau von vier weiteren Kraftwerken, die in den nächsten neunzehn Jahren ans Netz gehen sollen, rückt die Regierung laut Edson Lobão, Minister für Energie und Mienen, nicht ab. Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff hält sich indes bedeckt, was mögliche Auswirkungen des Unglücks auf die brasilianische Atompolitik betrifft. Eine Sitzung zur Festlegung der neuen Standorte für die Meiler ist bis auf Weiteres verschoben.

Brasiliens bisher einzige AKW, Angra I und II, stehen etwa 100 Kilometer westlich der Metropole Rio de Janeiro. 1986 wurde das erste in Betrieb genommen, Angra II im Jahr 2002. Letzteres beruht auf einem bilateralen Abkommen zwischen Deutschland und Brasilien zur friedlichen Nutzung von Atomenergie und wurde mit der Technik von Siemens/Areva gebaut. Ein weiteres Kraftwerk desselben Abkommens, Angra III, befindet sich momentan im Bau und wird durch eine Hermes-Bürgschaft der deutschen Bundesregierung gedeckt. Die Beteiligung Deutschlands hatte bereits mehrfach zu Protesten auf deutscher Seite geführt. Vor allem wird kritisiert, dass die Meiler, die in den siebziger Jahren geplant wurden, nicht mehr den neuesten Standards entsprechen. Angra II und III sind aus der zweiten Generation von Atomkraftwerken, die in Deutschland heute nicht mehr zugelassen werden. Zudem gibt es keinerlei Planung für die Endlagerung der atomaren Abfälle, die bisher auf dem Gelände zwischengelagert werden. Ein weiteres Manko ist das Fehlen einer unabhängigen Aufsichtsbehörde. Die Atomenergiekommission ist nicht nur für die Förderung, sondern auch für die Kontrolle der Anlagen zuständig.

Im Kontext des Unglücks in Japan ist in Brasilien auch die Kritik am Standort wieder aufgeflammt. Obwohl Brasilien kein generelles Erdbebengebiet ist, stehen

die AKW auf dem einzigen Gebiet mit seismischer Aktivität. Auch wenn wohl keine Beben der Stärke Japans zu erwarten sind, stellt dies nach einer Studie der US-amerikanischen *Weston Geophysical Corp* ein Risiko dar. Zudem sind die Bürger besorgt, ob die brasilianischen Vorkehrungen im Falle eines Unfalls ausreichend sind. Evakuierungen sind nur für einen Umkreis von fünf Kilometern geplant. Die nächstgelegene Stadt, Angra dos Reis, liegt jedoch in zwanzig Kilometer Entfernung und verfügt über keinerlei Evakuierungsvorkehrungen. Dazu kommt, dass die Region extrem oft von Erdbeben betroffen ist, die regelmäßig die Überlandverbindungen unterbrechen und ausreichend sind, um die brasilianischen Behörden vor große Schwierigkeiten zu stellen. Die Betreiberfirma von Angra, Eletronuclear, hatte dazu in der letzten Woche erklärt, in Brasilien bestehe keine Gefahr, da die Anlagen mit Stahlwänden vor Erdbeben geschützt seien. Laut Joaquim Francisco, ehemaliger Direktor der Betreiberfirma von Angra, ist dessen ungeachtet auch in Brasilien ein Unfall nicht ausgeschlossen. Der Schutz durch genannte Stahlwände sei eine übliche Vorrichtung, die jedoch keine ausreichende Garantie gebe. Francisco betont daher, dass es keinen Grund gäbe, sich durch die Nutzung von Atomenergie unnötig einem potenziellen Risiko auszusetzen. Brasilien verfüge über genug Alternativen, wie etwa die Wasserkraftanlagen, die rund 80 Prozent der elektrischen Energie decken und ebenfalls weiter ausgebaut werden sollen. Zudem habe Brasilien ein enormes Potenzial in der Windkraft, das bislang noch kaum ausgeschöpft ist.

Die Debatte in Deutschland wurde in Brasilien mit großem Interesse beobachtet und verdiente sich einen Platz in der meistgesehenen Nachrichtensendung des größten Fernsehsenders *Globo*. Francisco lobte zudem die deutsche Entscheidung, einige Kraftwerke vorerst abzuschalten, und bescheinigte der deutschen Politik, im Gegensatz zu anderen Staaten noch über ein Bewusstsein für die Gefahren zu verfügen.

ARGENTINIEN

Dr. Bernd Löhmann | KAS-Auslandsbüro, Buenos Aires

Die dreifache Katastrophe von Japan hat in Argentinien tiefe Bestürzung ausgelöst. Über mehrere Tage hinweg waren die verstörenden Bilder der vom Erdbeben und vom Tsunami zertrümmerten Städte und Landstriche die Hauptnachricht auf allen Fernsehkanälen. Beinahe ungläubig nahm die argentinische Öffentlichkeit wahr, dass mit den Störfällen in den Reaktoren des Kernkraftwerks Fukushima ein weiteres Desaster mit unübersehbaren Folgen drohte. Gebannt verfolgte die argentinische Öffentlichkeit die verzweifelten Versuche, die Ausmaße des Unglücks zu begrenzen. Angesichts der dramatischen Ereignisse blieb anfangs wenig Raum für eine vertiefte Debatte über das Für und Wider der Kernenergie. Vereinzelt wurde über die Diskussionen in Deutschland, Frankreich, Russland, China und den USA berichtet. Noch weniger trat bisher ins öffentliche Bewusstsein, dass die nukleare Notsituation in Fukushima Auswirkungen auf Argentinens künftige Atom- und Energiepolitik haben könnte. Selbst wenn fast eine Woche nach dem Erdbeben in Japan das Thema auf den Meinungsseiten einer großen argentinischen Tageszeitung aufgegriffen wurde – von der „Atom-Debatte“ ist Argentinien weit entfernt. Noch scheint es, als seien mit der Atomkraft mehr Hoffnungen als Zweifel verbunden.

Zurzeit sind zwei argentinische Atomkraftwerke in Betrieb. Das circa 100 Kilometer von der Stadt Buenos Aires entfernt gelegene Atucha I sowie das Werk Embalse in der Provinz Córdoba decken rund acht Prozent des Energieverbrauchs. Atucha I ist mit einer Betriebszeit von 37 Jahren das älteste von insgesamt sechs lateinamerikanischen Kernkraftwerken. In wenigen Monaten soll ein weiteres Kernkraftwerk, Atucha II (in der Provinz Buenos Aires), an das argentinische Stromnetz angeschlossen werden. Mittelfristig ist der Bau von zwei weiteren Kernkraftwerken geplant. Der kürzlich zwischen Argentinien und Brasilien unterzeichnete Vertrag zur nuklearen Kooperation sowie die angestrebte Entwicklung eines atomar betriebenen U-Bootes lassen darauf schließen, dass nukleare Technologien in der argentinischen Politik langfristig eine wachsende Bedeutung entwickeln werden.

Nichts deutet bisher darauf hin, dass die Ereignisse in Japan diese Tendenz umkehren könnten. Weder die Regierung noch das Energiesekretariat haben zu möglichen Auswirkungen des japanischen Nuklear-desasters Stellung bezogen. Vertreter der argentinischen Atombehörde (*Autoridad Regulatoria Nuclear, ARN*) und der nationalen Kommission zur Atomenergie (*Comisión Nacional de Energía Atómica, CNEA*) wiesen auf die Unvergleichbarkeit der Situation hin. Die argentinischen Standorte seien weder erdbebengefährdet, noch bestehe die Gefahr einer Überschwemmung. Des Weiteren seien die Kraftwerke so konstruiert, dass im Notfall hohe Mengen an Kühlwasser zugeführt werden könnten. Auch der Grad der Urananreicherung sei wesentlich geringer als in Japan. Dennoch versicherten die Autoritäten, die Vorfälle in Japan genauestens analysieren und die argentinischen Anlagen den neuesten Sicherheitsstandards anpassen zu wollen.

Vertreter von Umweltverbänden relativierten die offizielle Einschätzung und verwiesen auf eine lange Liste kleinerer Zwischenfälle. Diese hätten durchaus zu erheblichen nuklearen Unfällen führen können. Hauptkritikpunkt ist aber, dass es keinerlei konkrete Vorhaben zur Entsorgung radioaktiver Abfälle gebe. Bis heute würden sie in den Kernkraftwerken selbst aufbewahrt. Gerade mit Sicht auf Atucha I bezweifeln die Atomkraftgegner, dass die Anlage den gängigen Sicherheitsstandards entspreche. Diese vor allem vom argentinischen Greenpeace-Chef Juan Carlos Villalonga vorgetragene Position setzt letztendlich auf die Abschaffung der Atomenergienutzung. Für Japan und andere Nutzerländer hält er einen Ausstieg im Jahr 2050 für realistisch.

Anders sieht es der Energieexperte Alberto Echegaray Guevara, der die Kernenergie aus Kosten- und Effizienzgründen für unersetzlich hält. Um ein Atomkraftwerk zu ersetzen, müsste man die gesamte Provinz Buenos Aires mit Sonnenkollektoren bedecken. Vielfach taucht das Argument auf, dass ein überhasteter Ausstieg aus der Kernenergie Nachteile für die Umwelt insbesondere im Kampf gegen den Klimawandel mit

sich bringe, weil umweltfreundliche Energiequellen nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung stünden und sich das Zeitalter der Klimakiller Kohle, Öl und Gas zu verlängern drohe.

Eine abwägende Meinung vertritt der Physiker und Leiter des Studiengangs Umweltwissenschaften an der *Universidad Tecnológica Nacional*, Rubén Darío Sbarato. Während er die Nutzung der Atomenergie

in Europa aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte durchaus nachvollziehen kann, besitzt Argentinien aus seiner Sicht ausreichend natürliche Ressourcen, um seinen Energiebedarf daraus zu decken.

Die Diskussion in Argentinien hat gerade erst begonnen. Dass sie zu einer grundsätzlichen Neubewertung der Atomenergie führen wird, ist derzeit eher nicht zu erwarten.